

Das Engagement junger Menschen in politischen Organisationen

Ein Projekt von



DSJ FSPJ FSPG
Dachverband Schweizer Jugendparlamente
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani

u^b

**UNIVERSITÄT
BERN**

Mit der freundlichen Unterstützung von:

**JACOB'S
FOUNDATION**
Our Promise to Youth

SWISSLOS
Kanton Aargau



Kanton Zürich
Bildungsdirektion
Amt für Jugend und Berufsberatung

MIGROS
Kulturprozent



Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
Société suisse d'utilité publique
Società svizzera di utilità pubblica
Societad svizra d'utilitad publica

Nora Räss und Nadia Qadire

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen Forschungsprojekte
Dachverband Schweizer Jugendparlamente
Seilerstrasse 9
3011 Bern
+41 (0) 31 384 08 07
nadia.qadire@dsj.ch

**Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen
und Isabel Schuler**

Lehrstuhl für Vergleichende Politik
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
3012 Bern
+41 (0) 31 684 83 55

Abstract

Die Studie befasst sich mit dem freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Schweiz und besteht aus zwei Teilstudien, die quantitative und qualitative Methoden verwenden. Gestützt auf Befragungsdaten zum politischen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden im Rahmen des Projekts «Promo 35 – Politische Nachwuchsförderung» erhoben wurden, wurde zuerst eine Online-Befragung von 14- bis 25-Jährigen zu ihrem Engagement im Bereich politischer Organisationen und ihren Einstellungen zum freiwilligen Engagement im politischen Bereich ausgewertet. Dann wurde in Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 23 Jahren eine vertiefte Analyse ihrer Motive und Hinderungsgründe für oder gegen das freiwillige oder ehrenamtliche Engagement durchgeführt. Die Ergebnisse beider Teilstudien weisen aus, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich generell weniger engagieren als Erwachsene, wobei ein Geschlechterunterschied besteht: Männer engagieren sich häufiger als Frauen. Die Motive von Jugendlichen für ein politisches Engagement beziehen sich vor allem auf ihre Bedürfnisse, die Zukunft mitzugestalten und mit anderen etwas zu bewirken, sowie auf ihr politisches Interesse. Aber auch auf die eigene Person bezogene Gründe, wie der Aufbau einer politischen Karriere oder Anerkennung motivieren sie zu einem politischen Engagement. Ihre Hinderungsgründe bestehen darin, dass ein politisches Engagement zeitlich unflexibel und somit nicht gut in ihre Lebenswelt integrierbar ist, dass sie zu wenig über das politische Engagement wissen, aber insbesondere auch, dass sie sich selbst als ungeeignet und zu unerfahren einschätzen.

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Ausgangslage	4
	Fokus der Studie und zentrale Begriffe	4
	Gesellschaftliche Relevanz	4
3	Forschungsstand	6
4	Theoretischer Hintergrund	8
5	Forschungsdesign	9
	Phase 1: Quantitative Untersuchung	9
	Phase 2: Fokusgruppengespräche	9
6	Quantitative Teilstudie	10
	Datengrundlage	10
	Empirische Befunde	10
	Wie häufig ist politisches Engagement in Organisationen?	11
	In welchen Organisationen beteiligen sich junge Erwachsene politisch?	13
	Motivation für ein freiwilliges Engagement in politischen Organisationen	16
	Hinderungsgründe und Fördermöglichkeiten für das freiwillige politische Engagement in einer leitenden Funktion	19
	Zwischenfazit	23
7	Qualitative Teilstudie	24
	Rekrutierung	24
	Durchführung Fokusgruppengespräche	25
	Empirische Befunde	25
	Entstehung des politischen Engagements und Motive	25
	Hinderungsgründe	25
	Massnahmen	28
8	Diskussion	31
	Form des Engagements	31
	Motive und Hinderungsgründe	31
	Mögliche Massnahmen zur Förderung des politischen Engagements	32
	Empfehlungen für die Stärkung von politischem Engagement Jugendlicher	32
9	Schlussfazit	34
	Literaturverzeichnis	35

1 Einleitung

Die freiwillige Tätigkeit in politischen Organisationen hat gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung in den letzten knapp 20 Jahren stark abgenommen. Diese Entwicklung ist beunruhigend, da gerade freiwilliges politisches Engagement für das nachhaltige Funktionieren einer Gesellschaft und einer Demokratie unabdingbar ist. Allerdings kommen frühere Untersuchungen (u. a. Ackermann et al. 2017) zum Schluss, dass bei der jungen Generation eine Bereitschaft zu freiwilligem (politischen) Engagement durchaus vorhanden ist. Die Gründe, weshalb sich diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen trotzdem gegen ein Engagement im politischen Bereich entscheiden, sind aber kaum erforscht. Dasselbe gilt für die Gründe für das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die einer freiwilligen oder ehrenamtlichen Tätigkeit im politischen Bereich nachgehen. Diese Lücken soll dieses Forschungsprojekt schliessen.

Im Zentrum dieses Projekts steht deshalb folgende Forschungsfrage: Weshalb entscheiden sich Jugendliche und junge Erwachsene für oder gegen ein freiwilliges und insbesondere ein ehrenamtliches Engagement im politischen Bereich? Nach der Identifizierung der Gründe werden in einem zweiten Schritt mögliche Massnahmen herausgearbeitet, die das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im politischen Bereich stärken sollen. Die Ergebnisse der Studie sollen darlegen, wie die Wirksamkeit der zukünftigen Nachwuchsförderung im politischen Bereich von den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren erhöht werden kann. So kann das freiwillige und ehrenamtliche Engagement in der Politik gefördert werden, was zu einer langfristigen Stärkung der politischen und sozialen Kohäsion in der Schweiz beiträgt.

Die Forschungsfrage wurde anhand eines Mixed Methods Designs beantwortet. Das heisst, es kamen sowohl quantitative wie auch qualitative Methoden zum Einsatz. Zuerst wurde die Fragestellung anhand einer quantitativen Auswertung eines Datensatzes zum politischen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen betrachtet, der in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden entstanden ist. Anhand dieser Auswertung konnten erste Schlüsse zu den motivierenden und hemmenden Faktoren für die Ergreifung einer freiwilligen oder ehrenamtlichen Tätigkeit gezogen werden. Zudem konnten die bereits freiwillig Engagierten und die Jugendlichen und jungen Erwachsenen identifiziert werden, die sich ein freiwilliges oder ehrenamtliches politisches Engagement vorstellen könnten. Mit ihnen wurden anschliessend Fokusgruppengespräche durchgeführt, die eine vertiefte Analyse der Beweg- und Hinderungsgründe ermöglichen. Untersucht wurde die Altersgruppe der 14- bis 25-Jährigen.

Die Gliederung der vorliegenden Studie gestaltet sich wie folgt: Zuerst werden die zentralen Begriffe dieser Arbeit und die gesellschaftliche Relevanz der Studie erläutert (Kapitel 2). Anschliessend folgt ein Überblick über den relevanten Forschungsstand, den theoretischen Hintergrund und das Forschungsdesign (Kapitel 3-5). Danach wird in einem ersten Schritt die quantitative Teilstudie der Universität Bern (Kapitel 6) vorgestellt. In einem zweiten Schritt wird dann die qualitative Teilstudie des DSJ vorgestellt (Kapitel 7), die auf den Erkenntnissen der quantitativen Teilstudie aufbaut. Abschliessend werden die Ergebnisse der beiden Teilstudien miteinander verglichen, die zentralsten Erkenntnisse zusammengefasst und Empfehlungen formuliert (Kapitel 8-9).

2 Ausgangslage

Bevor das Forschungsvorhaben erläutert wird, werden zuerst zentrale Begriffe der geplanten Studie definiert. Zudem wird die gesellschaftliche Relevanz des Projekts, die bereits in der Einleitung angesprochen wurde, weiter ausgeführt.

Fokus der Studie und zentrale Begriffe

In dieser Studie geht es um das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im politischen Bereich. Die rein zivilgesellschaftliche Sphäre wurde bewusst ausgeklammert, weil die Gründe, die Jugendliche und junge Erwachsene zur Ergreifung eines freiwilligen Engagements im zivilgesellschaftlichen Bereich bewegen, bereits von verschiedenen Studien im Schweizer Kontext hinreichend erforscht worden sind (siehe dazu auch Kapitel 3). Hier wird also das politische Engagement als Unterform des zivilgesellschaftlichen Engagements betrachtet: Es ist ein Engagement in der zivilgesellschaftlichen Sphäre, aber ein auf einen politischen Zweck hin ausgerichtetes.

Als politisch werden all jene Gruppierungen und Organisationen bezeichnet, deren Sinn und Zweck in erster Linie eine politische Veränderung ist. Dies können sowohl Parteien, politische Bewegungen, Interessenverbände, politische und öffentliche Ämter, als auch BürgerInnenvereine und (einmalige) Aktionsgruppen sein. Auch wenn ein Engagement in anderen Organisationen durchaus ebenfalls einen politischen Zweck haben kann, werden hier Aktivitäten in kirchlichen und kirchennahen Organisationen, Sport-, Freizeit- und Kulturvereinen sowie Jugendverbänden nicht betrachtet. Ebenso werden Organisationen aus dem sozialen, karitativen und gemeinnützigen Bereich, wie das Rote Kreuz, Greenpeace und Amnesty International, nicht dem politischen Bereich zugerechnet.

Zudem wird in der vorliegenden Studie zwischen ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement unterschieden. Das freiwillige Engagement bezeichnet die aktive Teilnahme in einer Organisation im weitesten Sinne. Allgemeine freiwillige Tätigkeiten weisen einen geringen Verpflichtungsgrad auf, während Ehrenämter sich dadurch auszeichnen, dass Personen in der Regel in ihr Amt gewählt werden und sich das Engagement bindend über eine gewisse Periode erstreckt (Freitag et al. 2016: 34). Das ehrenamtliche Engagement ist also ein Spezialfall des freiwilligen Engagements, und zeichnet sich durch eine besonders intensive Mitarbeit aus. Aufgrund dieser Unterschiede wird davon ausgegangen, dass sich die Gründe, die für oder gegen ein Engagement sprechen, zwischen freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeit unterscheiden.

Gesellschaftliche Relevanz

Das freiwillige Engagement ist seit jeher ein wichtiger Grundpfeiler der Schweizer Demokratie (Stadelmann-Steffen et al. 2007). Zum einen stärkt es den Zusammenhalt der Gesellschaft. Zum anderen spielt es eine wichtige Rolle hinsichtlich einer funktionierenden Demokratie, insbesondere im politischen Milizsystem der Schweiz (Stadelmann-Steffen und Koller 2017: 2). Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) hat die Beteiligung an der institutionalisierten Freiwilligenarbeit seit 1997 deutlich abgenommen. Insbesondere im politischen Bereich ist eine überproportional hohe Abnahme feststellbar, wie Tabelle 1 aufzeigt. Diese Entwicklung beunruhigt gerade im dezentralen politischen System der Schweiz, das vor allem auf lokaler Ebene auf das Engagement der BürgerInnen in Politik und Zivilgesellschaft angewiesen ist. Die neuesten Zahlen der SAKE bestätigen, dass dieser negative Trend auch im Zeitraum von 2016 bis 2020 weitergeht (BFS, 2021).

Tabelle 1: Freiwillige Tätigkeiten zwischen 1997 und 2016 (SAKE)

Organisationstyp	Ausübung allgemeiner Tätigkeiten (Wachstumsrate zwischen 1997 und 2016 in%)	Ausübung von Führungsaufgaben (Wachstumsrate zwischen 1997 und 2016 in%)
Sportverein	-2	-12
Kulturverein	-2	-31
Sozial-karitative Institution	-6	-24
Kirchliche Institution	-7	-19
Interessenverband	-30	-36
Politische Partei	-42	-46
Öffentlicher Dienst	-46	-54
Politisches oder öffentliches Amt	-73	-68

Quelle: Freitag, Bundi, Flick Witzig 2019: 34

Allerdings lassen die Auswertungen des Generationen-Monitors, einer Spezialauswertung der Daten aus dem Freiwilligen-Monitor 2016, den Schluss zu, dass Potenzial für freiwilliges Engagement bei der jungen Generation generell vorhanden ist. Rund ein Viertel aller in der Schweiz wohnhaften 15- bis 30-Jährigen engagiert sich freiwillig im Rahmen von Vereinen oder Organisationen (Ackermann et al. 2017: 20), und ein noch grösserer Anteil dieser Altersgruppe, nämlich 37 %, gibt an, Interesse an einem solchen Engagement zu haben (ibid.: 60). Dieses Potenzial hat sich in vergangenen Jahren erhöht: Im Freiwilligen-Monitor 2020 ist der Anteil des freiwilligen Engagements im Rahmen von Vereinen oder Organisationen dieser Altersgruppe auf rund ein Drittel gestiegen; das Interesse an einem solchen Engagement ist auf 53 % gestiegen (Lamprecht et al., 2020).

Eine deskriptive Auswertung des Datensatzes zum politischen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden entstanden ist und der die Grundlage der quantitativen Auswertung dieser Studie bildet, lässt ähnliche Schlüsse für das ehrenamtliche Engagement im politischen Bereich zu. So ist ein Anteil von 11 % der 14- bis 25-Jährigen ehrenamtlich im politischen Bereich engagiert. Zudem geben rund 40 % dieser Altersgruppe an, sich vorstellen zu können, sich in Zukunft noch mehr zu engagieren. Unklar bleibt jedoch, was diese jungen Erwachsenen letztendlich daran hindert, sich tatsächlich freiwillig oder ehrenamtlich zu engagieren. Auf diese Frage will das vorliegende Projekt Antworten liefern.

3 Forschungsstand

Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern hat in seinem Bericht «Das politische freiwillige Engagement junger Erwachsener – Der Stand der bisherigen Forschung» (Stadelmann-Steffen und Koller 2017) den für dieses Projekt relevanten Forschungsstand zusammengefasst und vorhandene Forschungsdesiderate herausgearbeitet. Der Bericht zeigt, dass kaum Arbeiten existieren, die Erkenntnisse über das freiwillige Engagement junger Erwachsener im politischen Bereich bieten. Die einzige Studie, die sich spezifisch diesem Thema widmet (Rosenthal et al. 1998), ist bereits über zwanzig Jahre alt, sodass sich die Frage nach der Aktualität und weiteren Gültigkeit dieser Befunde stellt (Stadelmann-Steffen und Koller 2017: 34). Weiter gibt es zwar Studien, die sich der politischen Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener in der Schweiz widmen, diese lassen jedoch keine explizite Abgrenzung eines freiwilligen Engagements von der politischen Partizipation im Allgemeinen, beispielsweise der Teilnahme an Demonstrationen, oder der Tätigkeit in einer politischen Organisation zu. Eine dritte Gruppe von Studien betrachtet das freiwillige Engagement junger Bürgerinnen und Bürger, ohne den politischen Bereich abzugrenzen.

Diese dritte Gruppe von Studien, die sich der Freiwilligenforschung zuordnen lässt, bietet wertvolle Anknüpfungspunkte für die vorliegende Studie. Daher werden die wichtigsten Arbeiten, die teilweise auch von Stadelmann-Steffen und Koller aufgeführt werden, im Folgenden diskutiert. Zwei dieser Arbeiten befassen sich mit dem freiwilligen Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener in der Schweiz und untersuchen deren Motive für das Engagement mit quantitativen (Freitag et al. 2016) und qualitativen (Cortessis et al. 2019) Methoden. Im Rahmen des Schweizer Freiwilligen-Monitors von 2016 schenken Freitag et al. der Gruppe der 15- bis 34-Jährigen besondere Beachtung. Die Autorinnen und Autoren zeigen, dass diese Alterskohorte ein eigenständiges Profil des freiwilligen Engagements aufweist. In Bezug auf die Beweggründe für die Freiwilligenarbeit stellen Freitag et al. fest, dass sich sowohl die 15- bis 34-Jährigen wie auch die über 34-Jährigen sowohl aus altruistischen wie auch aus selbstgezogenen Gründen engagieren. Jedoch gewichten die 15- bis 34-Jährigen die Aspekte, die das freiwillige Engagement mit Qualifikation, Weiterbildung und persönlicher Bereicherung verbinden, wesentlich höher als die über 34-Jährigen (2016: 181). Erstere sehen das freiwillige Engagement also primär als Vorteil für ihre berufliche Karriere. Neben den Motiven der freiwillig Engagierten betrachten Freitag et al. zudem, welche möglichen Massnahmen die freiwillig Engagierten nennen, um die Mobilisierung zu

stärken. Als wichtigste Faktoren nennt die Gruppe der 15- bis 34-Jährigen Mitsprache und Mitbestimmung in der Organisation sowie eine flexible Zeiteinteilung. Begünstigend wirkt sich gemäss Freitag et al. weiter aus, wenn die Tätigkeit der Freiwilligen durch hauptamtliche Personen in der Organisation anerkannt wird und wenn sie in ihrer Tätigkeit fachlich unterstützt werden (2016: 178-179). Diese Erkenntnisse werden im Freiwilligen-Monitor 2020 grösstenteils bestätigt, wobei dieser der Gruppe der 15- bis 34-Jährigen nicht so viel Beachtung schenkt und es sich mehr um generelle Motive und Mobilisierungsfaktoren aller Befragten handelt (Lamprecht et al., 2020).

Die Motive der freiwillig engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben auch Cortessis et al. (2019) untersucht. Die AutorInnen zeigen ebenfalls, dass der persönliche Nutzen ein Motivationsgrund zur Ergreifung eines freiwilligen Engagements sein kann. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, bei denen dies der Fall ist, werden diese Motive jedoch schnell abgelöst von einem Zugehörigkeitsgefühl zu der Gruppe, in der sie sich engagieren (2019: 52). Weitere motivierende Faktoren sind der Wunsch, etwas zurückzugeben, wovon man als Kind selbst profitiert hat, und ein spezifisches Interesse am Ziel einer Organisation (Cortessis et al. 2019: 48; 52). Cortessis et al. haben zudem erfragt, was zur Beendigung eines freiwilligen Engagements führen kann. Genannt werden die fehlende Anerkennung des Engagements durch die Gesellschaft, schwindende kollektive Solidarität einer Gruppe aufgrund deren schrittweisen Auflösung oder der Wegfall der Nutzung eines Angebots, das durch Freiwilligenarbeit geschaffen wurde. In der Folge sehen die Jugendlichen keinen Sinn mehr darin, ihre Zeit in ein freiwilliges Engagement zu investieren (2019: 81). Als weiterer Grund wird genannt, dass die freiwillig Engagierten aufgrund begrenzter zeitlicher Ressourcen Prioritäten setzen und sich zwischen Schule, Arbeit, Vereinstätigkeit und möglichen weiteren Aktivitäten entscheiden müssen (2019: 86).

Wer jedoch in den Studien von Freitag et al. und Cortessis et al. nicht zu Wort kommt, sind Jugendliche sowie junge Erwachsene, die sich nicht freiwillig bzw. ehrenamtlich engagieren. Die Frage nach Hinderungsgründen bleibt also weitgehend unbeantwortet. Arbeiten aus der allgemeinen Freiwilligenforschung können hier wertvolle Anknüpfungspunkte bieten. Es finden sich jedoch kaum aktuelle Studien, die sich mit dieser Frage beschäftigen haben. Walraff (2010: 19-21) fasst die von der Forschung genannten Hemmfaktoren, welche die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit verhindern, wie folgt zusammen:

Zentrale Hinderungsgründe sind einerseits ein fehlender Anstoss, der durch aktive Ansprache und Werbung erfolgen müsste und andererseits der Mangel an Zeit. Weitere Punkte sind verhärtete Gruppen- oder Machtstrukturen, die die Integration in eine lokale Gruppe verhindern, die mangelnde Unterstützung von Arbeitgeberinnen und -gebern, finanzielle Knappheit bei Freiwilligenprojekten oder die fehlende bzw. zu bürokratische Rückerstattung von Kosten, die im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit anfallen. Die Hinderungsgründe für ein freiwilliges Engagement unterscheiden sich kaum davon: So zeigen Sundeen et al. (2007) mit ihrer Studie aus dem englischsprachigen Raum ebenfalls, dass Zeitmangel zu den wichtigsten Gründen für fehlendes freiwilliges Engagement gehört. Hinzu kommen schlechte Gesundheit und fehlendes Interesse. Sundeen et al. konkretisieren weiter, dass sich die Hinderungsgründe je nach sozio-demografischen Charakteristika wie Gender, Bildung und Migrationshintergrund unterscheiden (Sundeen et al. 2007: 295).

Schliesslich ist zu erwähnen, dass viele Arbeiten, die sich mit Freiwilligenarbeit auseinandersetzen, untersuchen, welche Menschen sich freiwillig engagieren (z. B. anhand der Faktoren Geschlecht, Alter oder Herkunft). Das heisst, sie zeichnen ein soziales Profil der freiwillig Engagierten. Die vorliegende Studie fragt jedoch nicht, wer sich freiwillig politisch engagiert, sondern weshalb sie dies tun.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Bezug auf die Frage, weshalb sich junge Erwachsene freiwillig oder ehrenamtlich politisch engagieren bzw. weshalb sie dies nicht tun, eine Forschungslücke besteht. Die bestehenden Studien aus der Freiwilligen- und Partizipationsforschung bieten aber eine gute Grundlage, um die vorliegende Studie konzeptuell und theoretisch zu untermauern (Stadelmann-Steffen und Koller 2017: 16; 35). Dieser theoretischen Grundlage ist das nächste Kapitel gewidmet.

4 Theoretischer Hintergrund

Eine zentrale theoretische Grundlage für die Beantwortung der Frage, weshalb sich Menschen nicht politisch engagieren, ist das Civic Voluntarism Model von Verba et al. (1995). Dieses besagt, dass Menschen sich nicht engagieren, weil sie nicht können, weil sie nicht wollen oder weil sie niemand gefragt hat (1995: 269). Das «Nicht-Können» bezieht sich auf fehlende Ressourcen wie Zeit, Geld und staatsbürgerliche Fähigkeiten, also Fähigkeiten im Kommunizieren oder im Organisieren (1995: 271). Das «Nicht-Wollen» verweist auf intrinsische Faktoren wie fehlendes Interesse an der Politik, die fehlende Überzeugung, dass die eigene Partizipation etwas verändern kann, oder dass man der Meinung ist, politisches Engagement sei keine staatsbürgerliche Pflicht (1995: 272). Der dritte Punkt bezieht sich auf das soziale Umfeld einer Person. So ist die konkrete Anfrage, ob man sich engagieren will, oftmals der Auslöser für ein Engagement (1995: 273). Diese theoretische Auslegeordnung von Verba et al. wurde in den letzten Jahren durch zahlreiche empirische Studien bestätigt. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Identifizierung von Motiven für freiwilliges Engagement im Allgemeinen.

Viele der Studien, die sich mit den Motiven, Hinderungsgründen oder möglichen Mobilisierungsfaktoren für freiwilliges Engagement auseinandergesetzt haben, wählen dafür ein empiriegeleitetes Vorgehen. Das heißt, sie bilden ausgehend von den Daten die wichtigsten Faktoren ab. Dies geschieht entweder in Anlehnung an ein theoretisches Modell (Oostlander et al. 2015) oder durch ein induktives Vorgehen ohne die a priori Aufstellung von Hypothesen (Cortessis et al. 2019). Die vorliegende Studie orientiert sich an letzterem Ansatz. Es soll im Gespräch mit den freiwillig oder ehrenamtlich bzw. potenziell freiwillig oder ehrenamtlich Engagierten herausgefunden werden, was sie zu ihrem Engagement bewogen hat bzw. was sie an einem Engagement hindert. So werden keine Resultate vorweggenommen, sondern es wird ein ergebnisoffenes Vorgehen ermöglicht. Die theoretischen Grundlagen dienen derweil als heuristische Hilfsinstrumente. Sie können beispielsweise zur Ausarbeitung des Leitfadens für die Fokusgruppengespräche genutzt werden, um Resultate mit den Ergebnissen der bisherigen Forschung zu vergleichen und um letztere allenfalls zu revidieren. Das genaue Forschungsvorhaben wird in Kapitel 5 weiter erläutert.

5 Forschungsdesign

Die erkenntnisleitende Forschungsfrage wurde anhand eines Mixed Methods Designs beantwortet, also anhand von quantitativen und qualitativen Methoden. Die quantitativen Resultate aus der ersten Phase des Forschungsprozesses wurden durch qualitative Methoden vertieft. Es handelt sich also um ein sequenziell erklärendes Vorgehen (Creswell et al. 2003: 227). Die beiden Schritte werden in den folgenden Abschnitten im Detail ausgeführt.

Phase 1: Quantitative Untersuchung

In einem ersten Schritt wurde die Fragestellung anhand einer quantitativen Auswertung eines Datensatzes zum politischen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen betrachtet, der in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden im Rahmen des Projekts «Promo 35 – Politische Nachwuchsförderung» entstanden ist. In der onlinegestützten Bevölkerungsbefragung wurde die Einstellung der 14- bis 25-Jährigen (für das vorliegende Projekt) und der 26- bis 35-Jährigen (für das Projekt Promo 35) zum freiwilligen Engagement im politischen Bereich erfragt. Die Durchführung der Umfrage übernahm das Forschungsinstitut gfs.bern. Es handelt sich um eine repräsentative Umfrage der Schweizer Bevölkerung der genannten Altersgruppen aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Insgesamt wurden 2'000 Personen befragt, jeweils 1'000 Personen pro Alterskohorte. Für die Auswertung wurden die Antworten der 1'000 Personen der jüngeren Alterskohorte (14- bis 25-Jährige) verwendet. Aus der Auswertung der quantitativen Datenerhebung konnten erste Schlüsse über die motivierenden und hemmenden Faktoren für die Ergreifung einer freiwilligen oder ehrenamtlichen Tätigkeit gewonnen werden. Da es sich insbesondere beim ehrenamtlichen Engagement um eine insgesamt seltene Aktivität handelt, bleibt jedoch auch eine gezielt auf dieses Phänomen ausgerichtete systematische Bevölkerungsbefragung immer mit dem Problem behaftet, dass nur eine sehr kleine Zahl der Befragten eine solche Tätigkeit tatsächlich ausübt. Für eine vertiefte Analyse der Motive, Beweg- und Hinderungsgründe bedurfte es daher zusätzlich einer qualitativen Studie.

Phase 2: Fokusgruppengespräche

Für diese vertiefte Analyse haben sich Fokusgruppengespräche angeboten, denn sie tragen dem Problem der kleinen Fallzahlen Rechnung. Sie hatten ferner den Vorteil, dass sowohl Motive, Beweg- und Hinderungsgründe als auch zu ergreifende Massnahmen sowie deren Wirksamkeit mit jener Minderheit diskutiert werden konnten, die bereits eine freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit im politischen Bereich ausübt oder ein Potenzial für ein zukünftiges Engagement aufweist. Die Rekrutierung für die Fokusgruppen erfolgte einerseits über eine Anfrage bei den TeilnehmerInnen des easyvote-Politikmonitors 2020, die sich ein vertiefteres politisches Engagement vorstellen konnten, sich aber (noch) nicht dafür entschieden haben. Andererseits wurde die Gruppe der bereits freiwillig Engagierten über die entsprechenden Organisationen (Jugendparlamente, Jungparteien, politische Bewegungen, Gemeindeexekutiven, etc.) rekrutiert. Es wurden zwei Fokusgruppengespräche geführt:

- ▶ **Freiwillig Engagierte:** In der ersten Gruppe wurden die freiwillig Engagierten zu den Motiven für ihr Engagement und dem Zustandekommen ihres Engagements befragt. Weiter wurde die Frage geklärt, weshalb sie sich nicht für ein ehrenamtliches Engagement entschieden haben und was es bräuchte, damit sie sich für ein Ehrenamt entscheiden würden.
- ▶ **Potenziell Engagierte:** In der zweiten Gruppe wurden die Personen, die sich ein freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement vorstellen könnten, gefragt, weshalb sie sich (noch) nicht für ein solches entschieden haben und was es bräuchte, damit sie sich freiwillig oder ehrenamtlich engagieren würden.

6 Quantitative Teilstudie

Das Kapitel 6 widmet sich dem quantitativen Teil des vorliegenden Projekts und berichtet über die Ergebnisse der Datenanalyse. Zunächst wird die Datengrundlage kurz beschrieben, anschliessend werden die empirischen Befunde präsentiert. Dabei wird zuerst das politische Engagement junger Erwachsener in Organisationen deskriptiv aufgearbeitet, bevor auf die Motive und Hinderungsgründe für ein politisches Engagement in Organisationen sowie die Möglichkeiten zur Förderung eines solchen Engagements eingegangen wird.

Datengrundlage

Wie oben bereits erwähnt, stützen sich die vorliegenden Analysen auf Befragungsdaten zum politischen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden im Rahmen des Projekts «Promo 35 – Politische Nachwuchsförderung» erhoben wurden, wobei die Umfrage vom Forschungsinstitut gfs.bern durchgeführt wurde. Ausgewertet wurden die Antworten der 14- bis 25-Jährigen zu ihrem Engagement im Bereich politischer Organisationen sowie zu ihren Einstellungen zum freiwilligen Engagement im politischen Bereich. Insgesamt haben 490 Frauen und 507 Männer an der Befragung teilgenommen, drei Personen haben zum Geschlecht keine Angabe gemacht. Der Anteil der unter 18-Jährigen machte lediglich knapp 8 % aus, fast drei Viertel der Befragten waren über 20 Jahre alt (73 %). Der Altersdurchschnitt lag bei etwas über 21 Jahren. Je ungefähr 12 % der Befragten gaben an, noch zur Schule zu gehen bzw. eine Berufslehre zu absolvieren. Knapp 40 % der Befragten befanden sich im Studium. Etwas weniger als ein Viertel war erwerbstätig, wobei erwerbstätige Studierende hier nicht dazugezählt werden.

In diesem Kapitel werden deskriptive Darstellungen des politischen Engagements in Organisationen sowie der damit verbundenen Motive, Hinderungsgründe und Anreizmassnahmen besprochen. Das politische Engagement in Organisationen wird dabei als Unterkategorie eines Engagements in Organisationen im Allgemeinen konzeptualisiert. Um das Politische dieses Engagements spezifisch zu erfassen, wird jedoch von der klassischen Unterteilung des freiwilligen Engagements in der Freiwilligenforschung (siehe etwa Freitag et al. 2016) leicht abgewichen. Konkret werden drei Arten des Engagements unterschieden:

- ▶ Das passive Engagement entspricht einer Mitgliedschaft in politischen Organisationen. Im Vergleich zur Freiwilligenforschung, die eine Mitgliedschaft an sich noch nicht als freiwilliges Engagement bezeichnet, wird hier argumentiert, dass bereits die passive oder ideelle Mitgliedschaft in einer politischen Organisation von einem gewissen politischen Commitment zeugt.
- ▶ Das aktive Engagement beschreibt ein Engagement, das mit aktiven oder ausführenden Aktivitäten in diesen Organisationen einhergeht. Dies entspricht der klassischen Definition eines formellen freiwilligen Engagements.
- ▶ Schliesslich bezeichnet eine leitende Funktion¹ jene Engagierten, die in politischen Organisationen Führungsarbeit übernehmen (z. B. im Vorstand einer politischen Organisation oder in der Leitung einer Projektgruppe) oder ein politisches Amt (z. B. in der Gemeindeexekutive, dem Gemeindeparlament oder auch ausserhalb der Gemeinde auf Kantons- oder Regionalebene) innehaben. Dies kommt dem Verständnis eines Ehrenamts am nächsten. Allerdings werden bewusst nicht nur formelle Ehrenämter berücksichtigt. Es wird hinsichtlich unserer Zielgruppe eine grössere Offenheit für verschiedene Formen solcher Führungstätigkeiten angewendet.

Die niedrigen Fallzahlen, insbesondere in Bezug auf die Personen mit aktivem Engagement oder leitenden Funktionen, setzen den statistischen Analysen Grenzen. Vor diesem Hintergrund wird der Fokus in den Analysen auf zwei Differenzierungen gelegt. Einerseits werden die Daten nach Intensität des Engagements im Sinne der obigen Konzeptualisierung aufgeschlüsselt, andererseits werden Geschlechterunterschiede in den Blick genommen.² Letzteren kann aufgrund früherer Befunde sowohl aus der politischen Beteiligungsforschung (z. B. Stadelmann-Steffen und Koller 2014) wie auch aus der Freiwilligenforschung (z. B. Freitag et al. 2016) besondere Bedeutung zugesprochen werden. Gruppenunterschiede werden dann interpretiert, wenn sie sich basierend auf Mittelwertvergleichen (t-Tests) als statistisch signifikant auf dem 95- %-Niveau erweisen.

1. Im Fragebogen werden jene Personen, die ein öffentliches Amt (a) im Gemeindeparlament oder (b) ausserhalb der Gemeinde innehaben, auch als «leitend» geführt. Dies im Unterschied zu Personen in der Gemeindeexekutive. Auf diese Unterscheidung wird im vorliegenden Bericht verzichtet. Es wird lediglich zwischen einem «politischen Amt» oder einer «leitenden Funktion in einer pol. Organisation» unterschieden. Dieser Entscheid hängt damit zusammen, dass «leitend» nur für politische Organisationen abgefragt wurde und somit politische Ämter nicht einbezieht.

2. Es wird dabei eine binäre Einteilung vorgenommen, wobei die drei Personen, die sich nicht in die Kategorien Frau oder Mann eingeteilt hatten, für diese Gruppenvergleiche nicht berücksichtigt werden.

Empirische Befunde

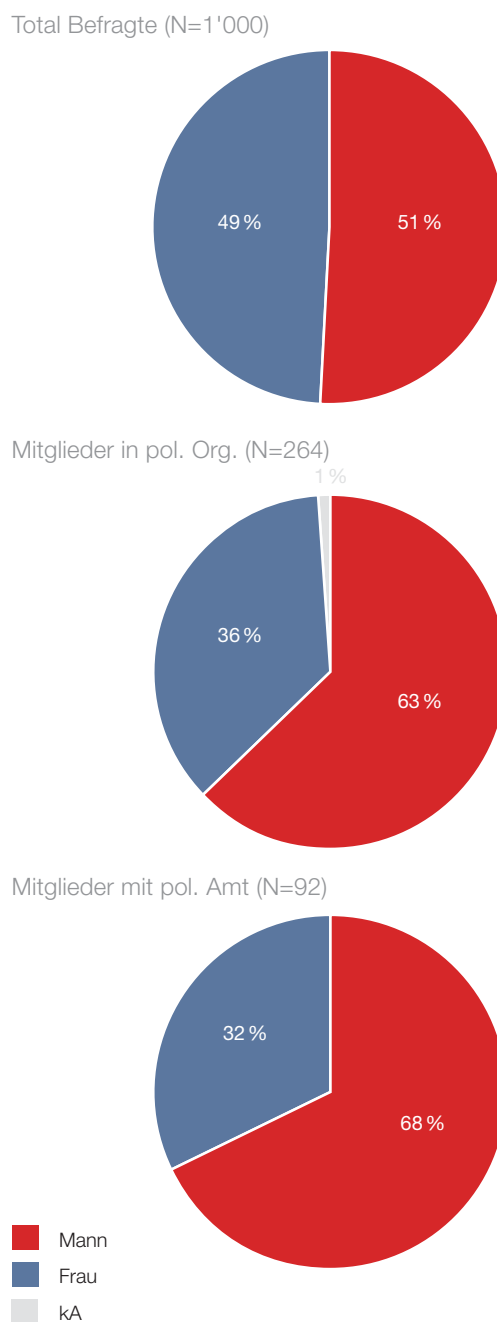
Basierend auf deskriptiven Auswertungen werden im Folgenden verschiedene Aspekte des freiwilligen Engagements von jungen Erwachsenen im politischen Bereich präsentiert. In einem ersten Abschnitt wird die Häufigkeit eines solchen Engagements dokumentiert. Anschliessend werden die Motive und Anreize für ein politisches Engagement in Organisationen dargelegt. Zuletzt folgt eine Auswertung möglicher Hinderungsgründe für die Übernahme von Leitungsfunktionen in politischen Organisationen sowie Massnahmen zur Erhöhung ihrer Attraktivität.

Wie häufig ist politisches Engagement in Organisationen?

Zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2017 waren insgesamt 264 Personen, das heisst, rund jede vierte befragte Person Mitglied in einer politischen Organisation. Ein Grossteil der jungen Erwachsenen (78%), die in einer politischen Organisation Mitglied waren, beteiligte sich passiv in diesen Organisationen. 98 Personen (37% der in einer politischen Organisation Engagierten) waren aktiv oder ausführend engagiert und 52 Personen (20%) gaben an, eine leitende Funktion innerhalb der Organisation zu übernehmen.³ 92 Personen (rund 9% der Befragten) gaben an, ein politisches Amt zu bekleiden.⁴ Dieser Anteil ist im Vergleich zu Daten etwa aus dem Schweizer Freiwilligen-Monitor für die Schweizer Bevölkerung sehr hoch (Freitag et al. 2016; Stadelmann-Steffen et al. 2007; Stadelmann et al. 2010). Eine Erklärung dafür könnte die Frageformulierung sein, die ein politisches Amt offen definierte und explizit verschiedene Möglichkeiten nannte.⁵ 40% der Befragten mit einem politischen Amt waren auch leitend in einer politischen Organisation engagiert. Umgekehrt hatten über 70% aller leitend engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch ein politisches Amt inne. Insgesamt waren 107 Personen (knapp 11% der Befragten) leitend in einer politischen Organisation und/oder in einem politischen Amt tätig. Einer der robustesten und beständigsten Befunde aus der Freiwilligenforschung ist, dass Männer häufiger als Frauen in Organisationen engagiert sind (Freitag et al. 2016; Stadelmann-Steffen et al. 2007; Stadelmann et al. 2010; Traunmüller et al. 2012). Gleiches zeigt sich auch in Bezug auf das Engagement in politischen Organisationen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Abbildung 1): Männer waren insgesamt deutlich öfter in politischen Organisationen engagiert als Frauen und machten jeweils ungefähr zwei Drittel jener

Personen aus, die Mitglied in einer politischen Organisation waren (63%) oder ein politisches Amt innehatten (68%). Anders ausgedrückt waren insgesamt 20% aller Frauen in einer politischen Organisation engagiert, bei den Männern waren es 33%. Der Anteil an Frauen, die ein politisches Amt bekleideten, war sogar nur halb so gross (6%) wie der entsprechende Anteil bei den Männern: 12% gaben an, ein politisches Amt innezuhaben.

Abbildung 1: Junge Erwachsene in Organisationen



Anmerkung: Weibliche und männliche Befragte pro Kategorie.

3. Da eine Person gleichzeitig in mehreren Organisationen unterschiedlich engagiert sein kann, überschneiden sich diese Zahlen.

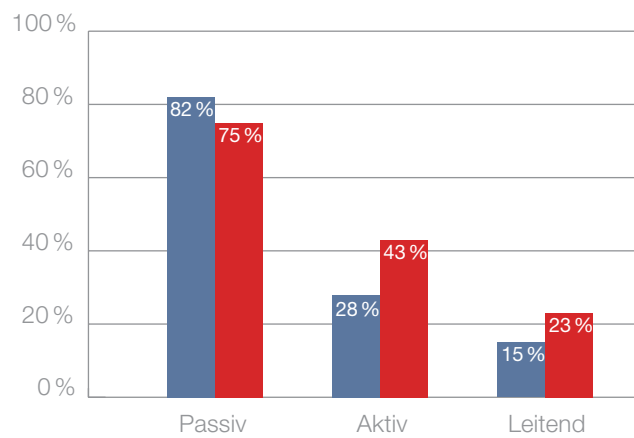
4. davon diesen waren 8 Personen noch nicht volljährig. Aufgrund der Selbstdeklaration lässt sich nicht abschliessend klären, ob es sich hierbei um fehlerhafte Angaben handelt oder sich diese Fälle mit der etwas breiteren Definition eines politischen Amtes erklären lassen.

5. Als politisches Amt gilt ein «öffentliches politisches Amt in der Gemeinde (Gemeinderat, Schulrat, Geschäftsprüfungskommission etc.)», die Mitgliedschaft im «Gemeindeparlament» oder ein «öffentliches Amt ausserhalb der Gemeinde (Kantonsrat, Grossrat, Regionalrat, Bezirksrichter etc.)».

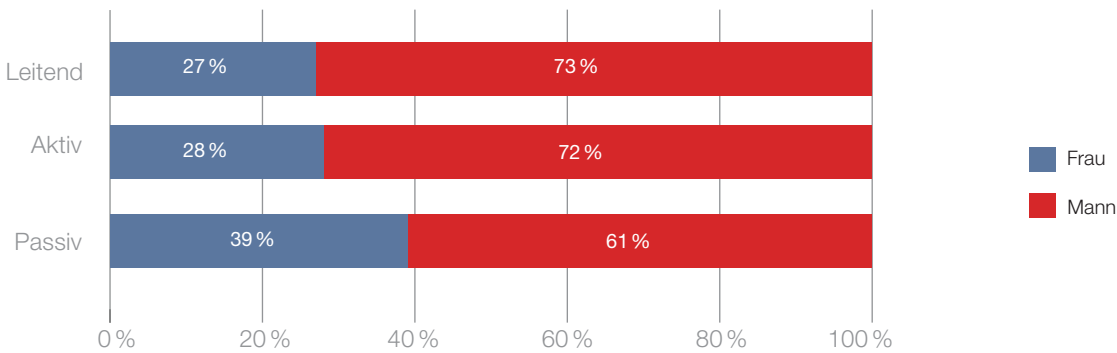
Zudem lässt sich festhalten, dass der Geschlechterunterschied mit der Intensität des Engagements zunahm (Abbildung 2). 61 % aller passiv engagierten jungen Menschen waren Männer, 39 % waren Frauen. Dagegen waren nur 27 % aller leitend engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Frauen (gegenüber knapp 73 % der Männer). Bei allen drei Formen des politischen Engagements in Organisationen ist die Übervertretung der Männer statistisch signifikant. Betrachtet man umgekehrt, wie sich engagierte Frauen und Männer auf die verschiedenen Intensitäten von Engagement in politischen Organisationen verteilten, zeigt sich, dass 82 % der engagierten Frauen passiv engagiert waren. Bei den Männern waren es etwas weniger (75 %). Dagegen waren signifikant mehr Männer aktiv engagiert (43 % der in politischen Organisationen engagierten Männer) als Frauen (28 %). Schliesslich übernahm knapp ein Viertel der in politischen Organisationen engagierten Männer eine Leitungsfunktion (N=38), während dies bei den Frauen auf lediglich 15 % (N=14) zutraf.

Abbildung 2: Geschlechterunterschiede beim politischen Engagement in Organisationen

Anteil am Total der in pol. Org. Engagierten



Geschlechterverteilung nach Art der Mitgliedschaft



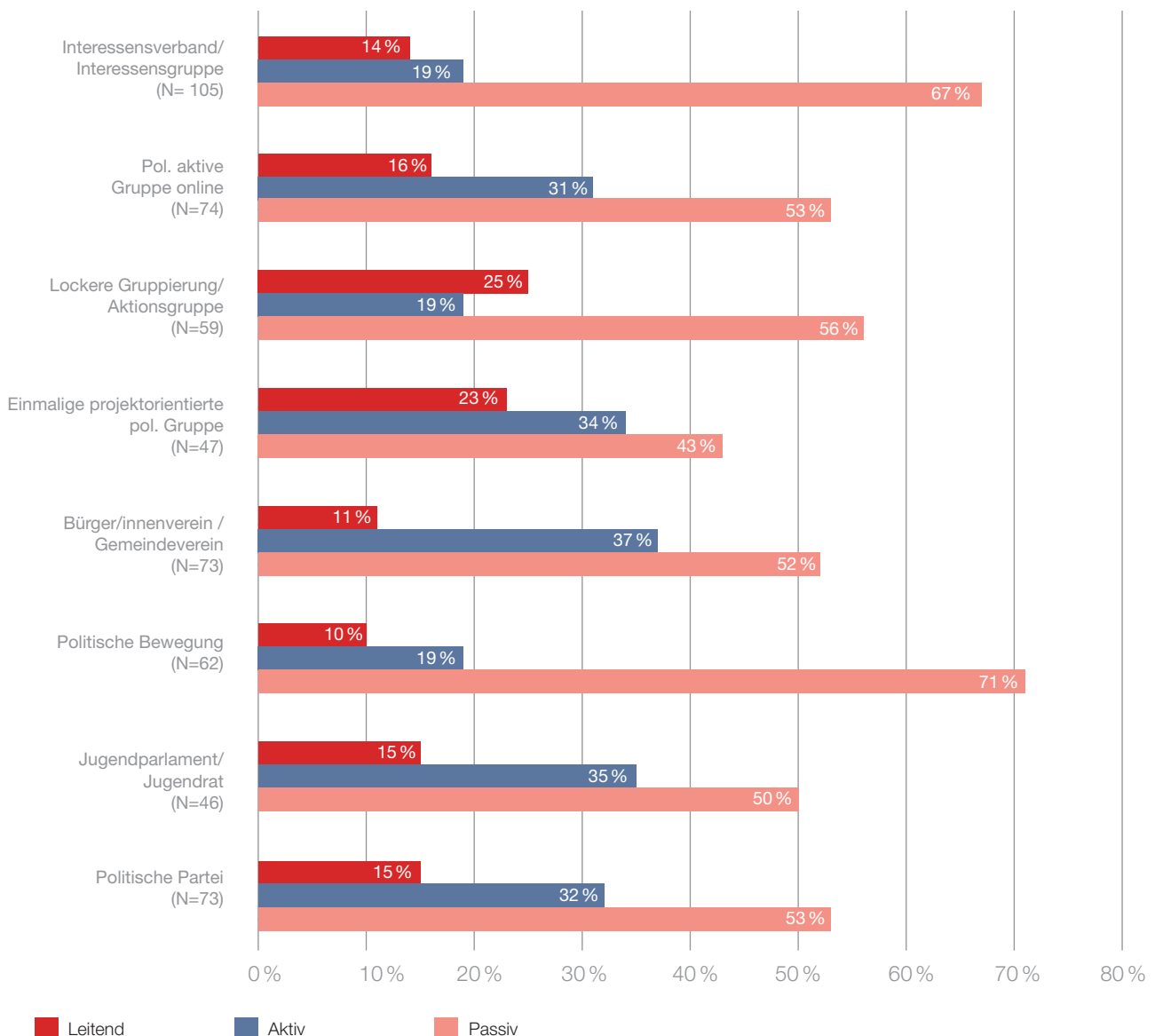
Anmerkung: Alle Personen, die angegeben hatten, dass sie aktuell in einer (politischen) Organisation engagiert waren (N=264), wurden anschliessend nach der Art der Mitgliedschaft (passiv, aktiv oder leitend) befragt. Die Zahlen hier beschränken sich auf die Mitglieder in politischen Organisationen und schliessen auch Personen in politischen Ämtern aus. Die Beteiligungsdaten nach Geschlecht in der linken Grafik sind alle statistisch signifikant (Mittelwertvergleiche, $p < 0.05$). In der rechten Graphik ist lediglich der Geschlechterunterschied bei den aktiv Engagierten statistisch signifikant ($p < 0.05$).

In welchen Organisationen beteiligen sich junge Erwachsene politisch?

Organisationen, die einen politischen Zweck verfolgen, unterscheiden sich stark hinsichtlich ihrer Form, der Themen, aber auch darin, wie explizit und direkt sie auf einen politischen Zweck ausgerichtet sind. So kann beispielsweise davon ausgegangen werden, dass eine politische Partei viel spezifischer eine politisch engagierte und ideologisch abgrenzbare Gruppe anspricht, während ein (beruflicher) Interessenverband⁶ eine hete-

rogenere und möglicherweise weniger politisch motivierte Klientel aufweist. Zudem gibt es einerseits sehr lose oder projektbezogen organisierte Vereinigungen und andererseits solche, die eine dauerhaftere Struktur aufweisen. Diese Unterschiede könnten die Attraktivität von Organisationen für Jugendliche und junge Erwachsene beeinflussen: Studien dokumentieren für Jugendliche und junge Erwachsene eine stärkere Neigung zu eher unkonventionelleren, weniger formalisierten Beteiligungsformen (Beyeler et al. 2015; Rothenbühler et al. 2012).

Abbildung 3: Art des Engagements nach politischer Organisation



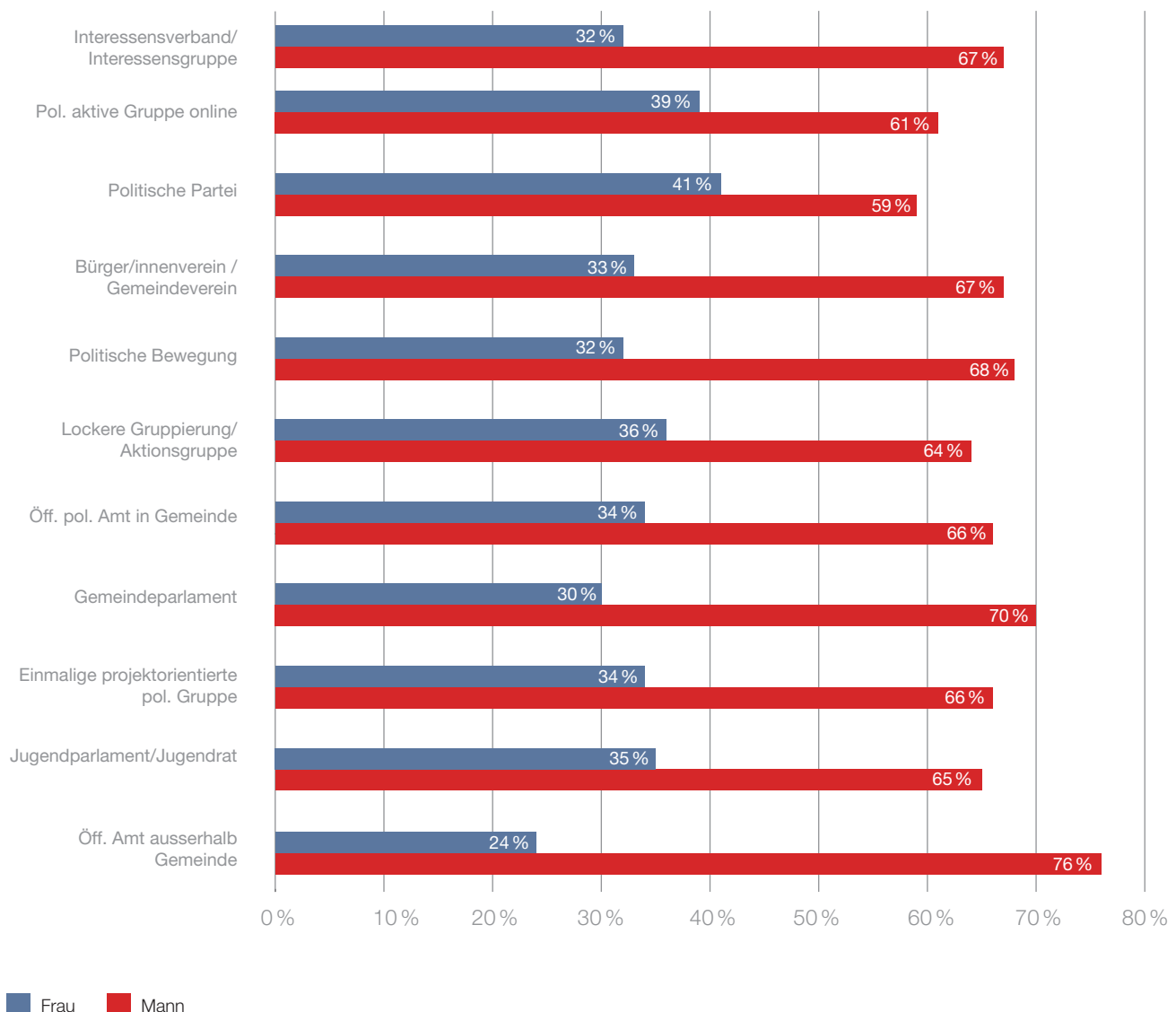
Die Daten zeigen auf (Abbildung 3), dass sich Jugendliche und junge Erwachsene am häufigsten in Interessensverbänden (40% aller in politischen Organisationen Engagierten), in Gruppen, die politisch nur online aktiv sind (nachfolgend Online-Gruppen genannt), in politischen Parteien und in Bürger/innen- oder Gemeindevereinen (jeweils 28%) beteiligten. Insgesamt gibt es keine klaren Hinweise dafür, dass Jugendliche und junge Erwachsene, wenn sie sich politisch in Organisationen beteiligen, weniger formalisierte oder projektbezogene Organisationen wählen. Vielmehr spricht einiges dafür, dass gerade unterschiedliche Arten von Organisationen für unterschiedliche Personen ein geeignetes Gefäss bieten.

6. In der Umfrage wurde spezifisch nach politischen Interessenverbänden gefragt, konkret nach einem/einer «Interessensverband oder Interessengruppe der/die sich auch politisch einbringt (Berufsverband, Gewerkschaft, Konsumentenschutz, ACS, TCS etc.)».

Über alle politischen Organisationen gesehen, war die passive Mitgliedschaft bei jungen Erwachsenen am häufigsten. Der Unterschied zwischen passiver und aktiver Mitgliedschaft war bei den Interessengruppen, den politischen Bewegungen und den Aktionsgruppen besonders ausgeprägt (Unterschied zwischen 42 und 52 Prozentpunkten).

Erneut bestätigt sich die Relevanz des Geschlechterunterschieds (Abbildung 4). In allen Organisationen beteiligten sich Männer häufiger als Frauen. Diese Differenz zwischen den Geschlechtern war in den politischen Parteien und in Online-Gruppen am geringsten (die politischen Parteien waren auch der einzige Organisationstyp, für den die Geschlechterdifferenz nicht statistisch signifikant war). Umgekehrt erwies sich die Untervertretung der Frauen in öffentlichen Ämtern ausserhalb der Gemeinde als besonders ausgeprägt.

Abbildung 4: Geschlechterunterschiede im politischen Engagement in Organisationen



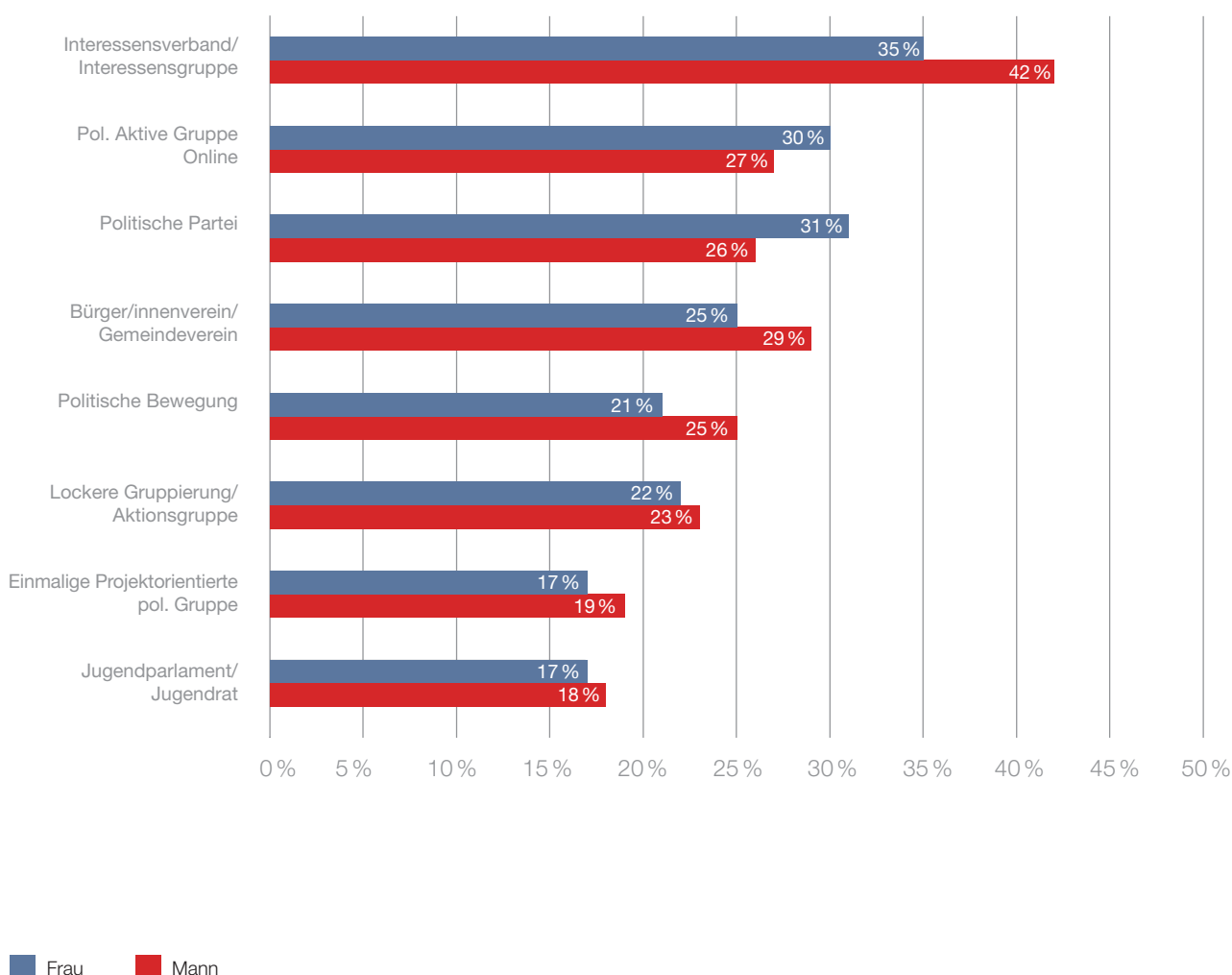
Anmerkung: Anteile der Geschlechter in Prozent der insgesamt in der jeweiligen Organisation Engagierten (N=273). Die Geschlechterdifferenzen sind mit Ausnahme der politischen Parteien in allen Kategorien statistisch signifikant (t-Tests, p-Wert < 0.05).

Abbildung 5 macht jedoch deutlich, dass die Übervertretung der Männer in den verschiedenen Organisationen ungefähr jener entspricht, die für politische Organisationen insgesamt festgestellt wurde. Das heisst, unter den politisch in Organisationen engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen gab es nur geringe Geschlechterunterschiede in der Verteilung der Engagierten auf die unterschiedlichen Organisationen. Erneut wird ersichtlich, dass sich relativ gesehen etwas mehr Frauen in politischen Parteien (31 %) und politisch aktiven Online-Gruppen (30 %) engagierten als Männer (26–27 %). Dagegen waren verhältnismässig mehr Männer in Interessengruppen involviert (42 % im Vergleich zu

35 % bei den Frauen). Diese Unterschiede sind jedoch statistisch nicht signifikant, was nicht zuletzt auf die kleinen Fallzahlen zurückzuführen sein dürfte.

Insgesamt gaben lediglich 14 Frauen an, sich leitend in einer politischen Organisation zu engagieren. Am häufigsten taten sie dies in Aktionsgruppen oder politisch aktiven Online-Gruppen (jeweils sechs Nennungen). Bei den Männern wurden diesbezüglich die Interessensgruppen am meisten genannt (12 Nennungen). Es muss jedoch betont werden, dass diese Befunde aufgrund der kleinen Fallzahlen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Abbildung 5: Anteil engagierter Männer und Frauen nach Organisationen



Anmerkung: Anteil aller in politischen Organisationen Engagierten des jeweiligen Geschlechts in Prozent pro Organisation (N=264). Die Prozentanteile ergeben in der Summe nicht 100, weil eine Person in mehr als einer Organisation Mitglied sein kann.

Zusammenfassend zeigen die in diesem Unterkapitel präsentierten Analysen, dass zum Zeitpunkt der Befragung eine Minderheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer politischen Organisation engagiert war. Dabei nimmt die Häufigkeit mit zunehmender Intensität des Engagements ab: Während rund ein Viertel Mitglied in einer politischen Organisation war, gaben lediglich knapp 10 % der Befragten an, aktive ausführende Tätigkeiten in diesen Organisationen zu übernehmen, und lediglich rund 5 % übernahmen eine leitende Funktion. Immerhin 9 % bekleideten gemäss eigener Angabe ein politisches Amt. Diese geringen Anteilswerte sind jedoch kein jugendspezifischer Befund, sondern lassen sich vielmehr gut in frühere Befunde zum freiwilligen Engagement der Schweizer Bevölkerung insgesamt einordnen. Angesichts der kleinen Fallzahlen sind differenzierteren Analysen nach Untergruppe, Typ der Organisation und Art des Engagements starke Grenzen gesetzt. Zwei Befunde lassen sich dennoch hervorheben. Zum einen zeigt sich, dass sich Frauen signifikant seltener politisch in Organisationen engagieren als Männer und dieser Unterschied umso ausgeprägter ist, je aktiver das Engagement wird. Zum anderen illustrieren die Daten, dass das politische Engagement junger Erwachsener in Organisationen sehr divers ist und insbesondere sehr unterschiedliche Organisationsformen und Inhalte umfasst.

Motivation für ein freiwilliges Engagement in politischen Organisationen

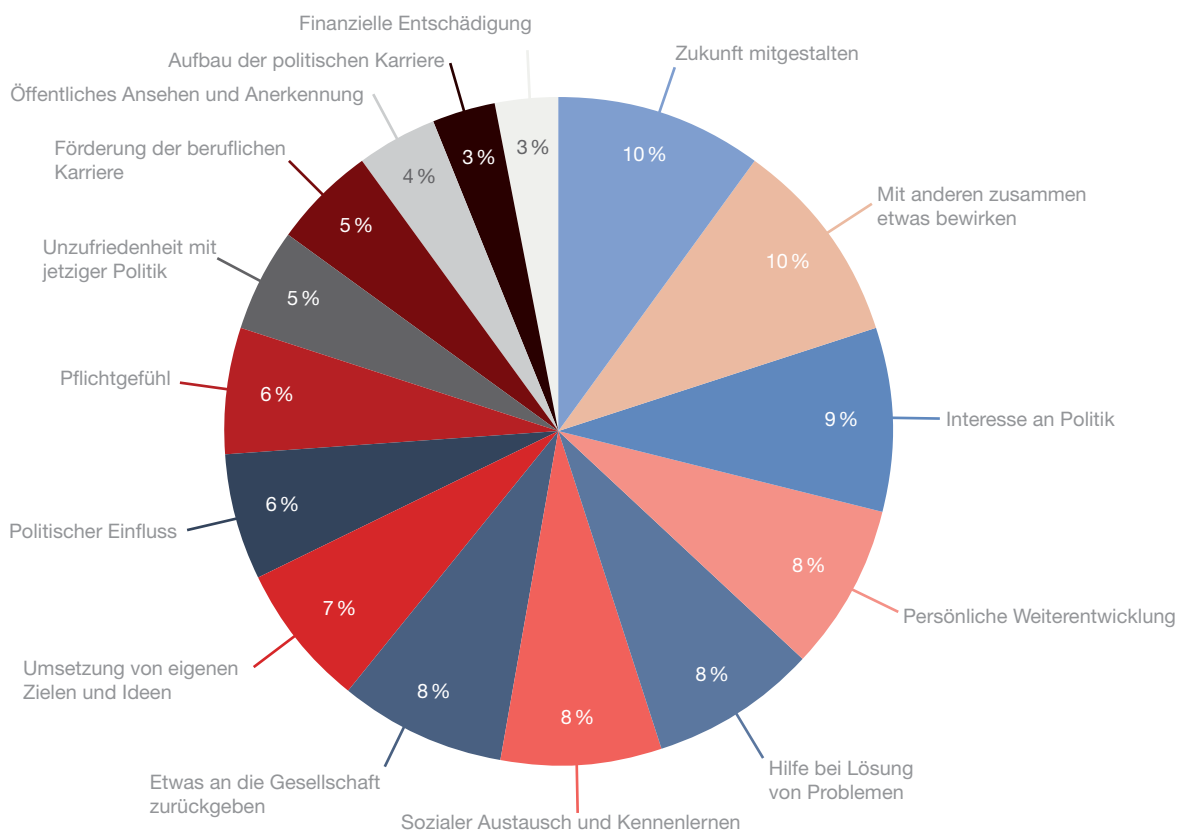
In diesem Unterkapitel soll aufgezeigt werden, was ein Engagement in politischen Organisationen für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv macht. Es wird dabei einerseits auf die Motivationsgründe von bereits Engagierten und andererseits auf allgemeine Anreizmechanismen für ein freiwilliges politisches Engagement eingegangen. Es ist wichtig zu betonen, dass die folgenden Abschnitte jeweils spezifische Untergruppen von Befragten betrachten und sich die Ergebnisse deshalb nicht direkt miteinander vergleichen lassen.

Zunächst wurden die aktuell in politischen Organisationen Engagierten gefragt, welche Gründe aus ihrer Sicht für ein Engagement in diesem Bereich sprechen. Abbildung 6 illustriert die Häufigkeit, mit der vorgegebene Motive von den Befragten ausgewählt wurden. Die Hauptaussage der Grafik ist, dass dem Engagement in politischen Organisationen eine Vielzahl von Motiven zu Grunde liegen. Die drei am häufigsten gewählten Motive waren das Ziel, die Zukunft mitzugestalten, mit anderen etwas zu bewirken sowie politisches Interesse. Demgegenüber wurden explizit selbstbezogene Gründe wie der Aufbau einer eigenen politischen Karriere, öffentliches Ansehen und Anerkennung oder gar finanzielle Entschädigungen am seltensten genannt. Die Motive für ein politisches Engagement in Organisationen unterschieden sich nicht wesentlich nach Geschlecht. Eine Ausnahme bildet der Aufbau einer politischen Karriere, welcher von Männern signifikant häufiger (29 % der Engagierten) als Motiv genannt wurde als von Frauen (16 % der Engagierten). Ausserdem (jedoch statistisch nicht signifikant) nannten Männer etwas häufiger öffentliches Ansehen und Anerkennung sowie politischen Einfluss und Hilfe bei der Lösung von Problemen, während Frauen das Motiv, etwas an die Gesellschaft zurückzugeben, etwas häufiger angaben. Deutlicher sind die Unterschiede in den Motiven nach der Intensität des Engagements⁷. So erwiesen sich die Förderung einer politischen Karriere, der politische Einfluss, aber auch die öffentliche Anerkennung und ein Pflichtgefühl als Gründe, die von aktiv oder leitend engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen signifikant häufiger als Motivation für ihr Engagement genannt wurden als von ausschliesslich passiv Engagierten⁸.

7. Diese Analysen beschränken sich auf jene Personen, die in politischen Organisationen engagiert waren. Eine «leitende Funktion» beschränkt sich auf die Tätigkeit in einer politischen Organisation (vgl. Abb. 3.) Der Begriff schliesst damit jene Personen, die ausschliesslich ein politisches Amt innehaben, nicht mit ein.

8. Aufgrund der kleinen Fallzahlen (insb. bei den Leitenden: Das N bei den Frauen liegt zwischen 12 und 14, bei den Männern zwischen 32 und 35) wurden lediglich die Unterschiede zwischen passiven Mitgliedern versus aktiven oder leitenden Personen getestet. Zusätzlich zu den im Text diskutierten Unterschieden ergibt sich ein weiterer signifikanter Unterschied bei den finanziellen Entschädigungen, denn hier nicht weiter interpretiert wird, weil eine solche Entschädigung bei einem passiven Engagement nicht existiert.

Abbildung 6: Häufigkeiten der Gründe, die für ein Engagement sprechen



Bemerkung: Häufigkeit in %, mit welcher ein Grund ausgewählt wurde. Diese Frage wurde allen Personen gestellt, welche sich politisch engagieren, entweder in einem politischen Amt oder als Mitglied in einer politischen Organisation (N=273). Es waren Mehrfachantworten möglich.

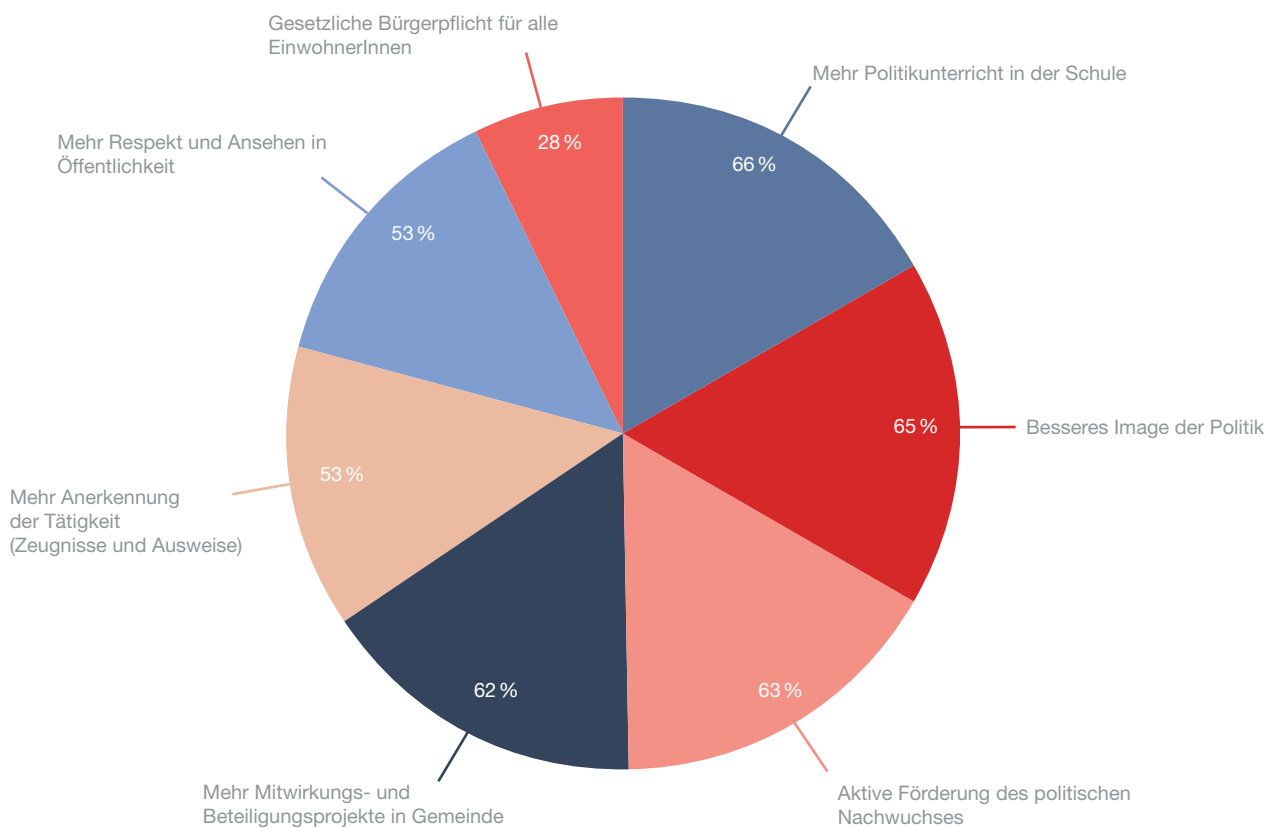
Zusammenfassend zeigen die in diesem Unterkapitel präsentierten Analysen, dass eine Minderheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer politischen Organisation engagiert war. Dabei nahm die Häufigkeit mit zunehmender Intensität des Engagements ab: Während rund ein Viertel Mitglied in einer politischen Organisation war, gaben lediglich knapp 10% der Befragten an, aktive ausführende Tätigkeiten in diesen Organisationen zu übernehmen und lediglich rund 5% übernahmen eine leitende Funktion. Immerhin 9% bekleideten gemäss eigener Angabe ein politisches Amt. Diese geringen Anteilswerte sind jedoch kein jugendspezifischer Befund, sondern lassen sich vielmehr gut

in frühere Befunde zum freiwilligen Engagement der Schweizer Bevölkerung insgesamt einordnen. Angesichts der kleinen Fallzahlen sind differenzierteren Analysen nach Untergruppe, Typ der Organisation und Art des Engagements starke Grenzen gesetzt. Zwei Befunde lassen sich dennoch hervorheben. Zum einen zeigt sich, dass sich Frauen signifikant seltener politisch in Organisationen engagieren als Männer und dieser Unterschied umso ausgeprägter ist, je aktiver das Engagement wird. Zum anderen illustrieren die Daten, dass das politische Engagement junger Erwachsener in Organisationen sehr divers ist und insbesondere sehr unterschiedliche Organisationsformen und Inhalte umfasst.

Abbildung 7 bietet einen Überblick über die Relevanz möglicher Anreizmassnahmen für ein Engagement in politischen Organisationen. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Befragten für eine vorbestimmte Auswahl an möglichen Massnahmen zur Förderung des politischen Engagements in Organisationen angeben konnten, ob diese aus ihrer Sicht ein solches Engagement attraktiver machen würden oder nicht. Es handelt sich folglich nicht um Massnahmen, die von den Befragten aktiv vorgeschlagen wurden.

Unter diesen vorgegebenen Massnahmen kristallisierte sich kein klarer Favorit heraus. Unabhängig von ihrem aktuellen Engagement gaben rund zwei Drittel der Befragten an, dass mehr Politikunterricht an der Schule sowie eine Verbesserung des Images von Politik die Attraktivität eines politischen Engagements in Organisationen steigern könnten. Fast alle anderen Massnahmen erhielten ebenfalls eine Zustimmung von über 50%. Lediglich von einer gesetzlichen Bürgerpflicht für alle Einwohnerinnen und Einwohner wurde seltener eine Steigerung der Attraktivität erwartet.

Abbildung 7: Häufigkeiten der Anreizmassnahmen für ein politisches Engagement



Anmerkungen: Diese Frage wurde allen Befragten gestellt (N=1000). Anteil der Befragten, welche die jeweiligen Anreizmassnahmen als nützlich erachteten in Prozent. Es waren Mehrfachantworten möglich.

Das eigene Engagement beeinflusste diese Einschätzungen teilweise. So stimmten bereits engagierte Personen signifikant häufiger den Aussagen zu, dass Politikunterricht, mehr Respekt und Ansehen für ein Engagement in der Öffentlichkeit sowie eine gesetzliche Bürgerpflicht für alle die Attraktivität eines Engagements fördern könnten.

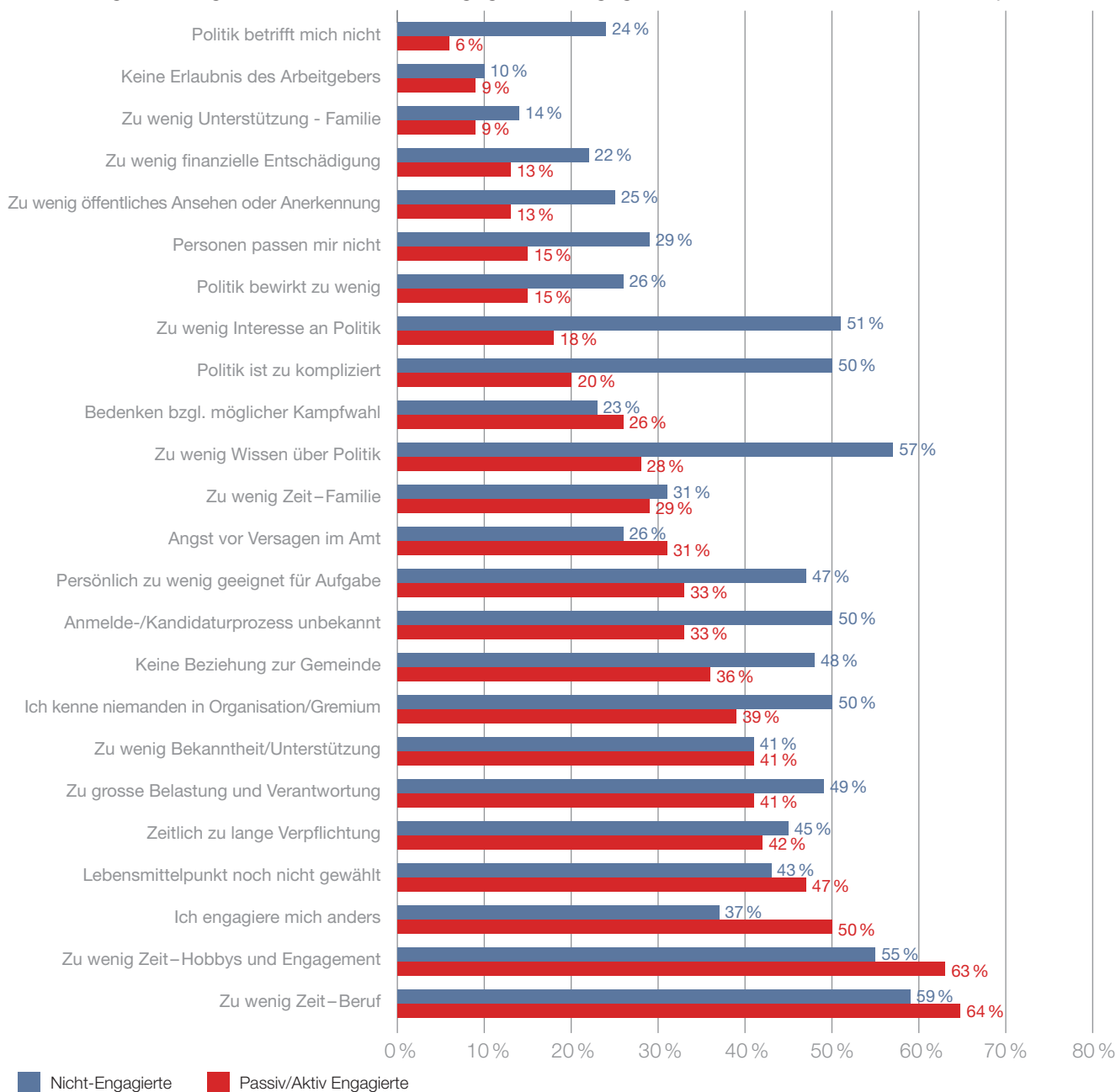
Unterschiede zwischen den Geschlechtern fanden sich demgegenüber kaum. Frauen erachteten einzig mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsprojekte in der Gemeinde etwas häufiger als Männer als attraktivitätssteigernde Massnahme (Unterschied bei 7 Prozentpunkten, dieser Unterschied ist statistisch signifikant).

Hinderungsgründe und Fördermöglichkeiten für das freiwillige politische Engagement in einer leitenden Funktion

Ein besonders interessierender Aspekt des freiwilligen Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in politischen Organisationen ist die Bereitschaft, sich in einer Leitungsfunktion⁹ zu engagieren. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurden daher spezifisch zu den Gründen befragt, die gegen ein freiwilliges Enga-

gement in einer leitenden Funktion in einer politischen Organisation sprechen sowie dazu, welche Massnahmen es bräuchte, damit ein solches Engagement (eher) in Frage käme. Abbildung 8 präsentiert die Gründe, die ein Engagement in einer leitenden Funktion in politischen Organisationen ver- oder behindern. Die Daten beziehen sich dabei auf Nicht-Engagierte sowie auf jene Befragten, die zwar Mitglied in einer politischen Organisation waren, jedoch keine leitende Funktion ausübten.

Abbildung 8: Häufigkeiten der Gründe, die gegen ein Engagement in einer leitenden Funktion sprechen



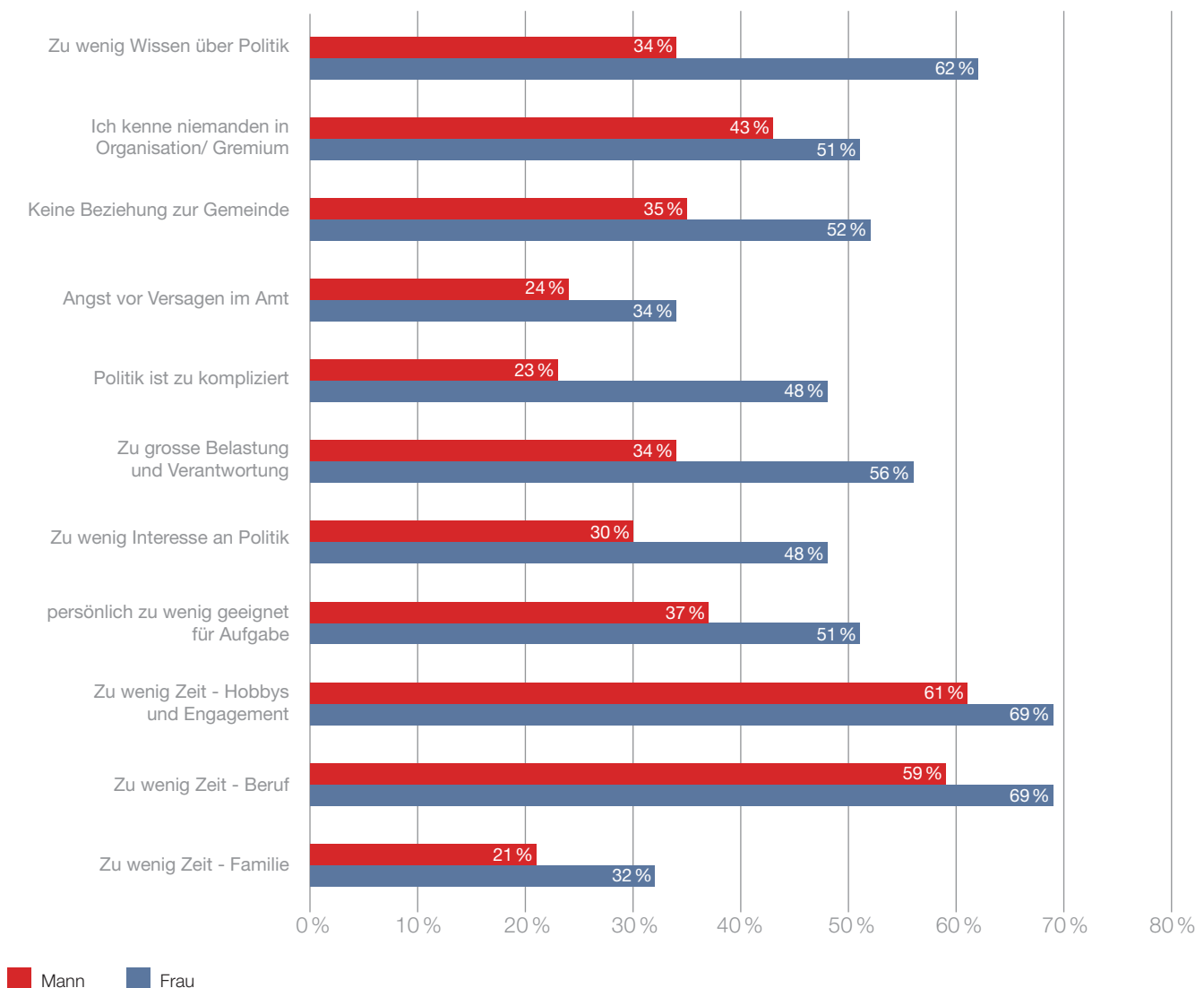
Anmerkung: Die Frage wurde allen gestellt, die sich entweder nicht engagieren oder sich politisch oder freiwillig engagieren, jedoch nicht in einer leitenden Funktion und ohne ein politisches Amt innezuhaben; Prozentangaben = Anzahl der Personen aus der Gruppe, die einen Grund genannt haben, pro totale Anzahl der befragten Personen aus der Gruppe.

9. Gemäss Spezifizierung in der Befragung wird unter einer Leitungsfunktion beispielsweise ein «politisches Amt in Gemeinde, (Jung-)Partei, Jugendrat, politischer Bewegung» verstanden.

Über beide Gruppen hinweg spielte der Zeitfaktor eine wichtige Rolle, wenn sich die Frage nach dem (zusätzlichen) Engagement in einer leitenden Funktion stellte. Bei den Nicht-Engagierten war zudem die politische Thematik ausschlaggebend. Über die Hälfte der Nicht-Engagierten gab an, dass sie zu wenig Wissen über Politik habe. Ebenfalls knapp über die Hälfte hatte schlicht kein Interesse an Politik oder empfand sie als zu kompliziert. Nicht-Engagierte gingen auch deutlich häufiger davon aus, dass Politik sie nicht betreffe. Alle diese politikbezogenen Unterschiede zwischen Nicht-Engagierten und passiven Mitgliedern sind statistisch signifikant. Ebenso gaben Nicht-Engagierte häufig (und signifikant häufiger als aktiv oder passiv Engagierte) an, dass sie sich als nicht geeignet sähen, zu wenig Bezug zur Gemeinde hätten, niemanden

kennen würden, und das Prozedere zum Eintritt in eine Organisation unbekannt sei. Personen, die bereits aktiv oder passiv in einer politischen Organisation engagiert waren, schätzten die meisten Hürden generell als weniger wichtig ein. Ein anderweitiges Engagement aber auch konkrete Bedenken wie eine mögliche Kampfwahl oder die Angst vor Versagen im Amt wurden von dieser Gruppe etwas (aber nicht signifikant) öfter genannt als von Nicht-Engagierten. Bei den Hinderungsgründen zeigten sich über alle in dieser Frage angesprochenen Personen markante Geschlechterunterschiede (Abbildung 9), wobei Frauen insgesamt mehr Gründe sahen, die gegen ein leitendes Engagement in Organisationen sprachen, als Männer, die gegen ein leitendes Engagement in Organisationen sprachen (die in der Folge genannten Differenzen sind basierend auf t-Tests statistisch signifikant, p-Wert < 0.05).

Abbildung 9: Geschlechterunterschiede bei Hinderungsgründen

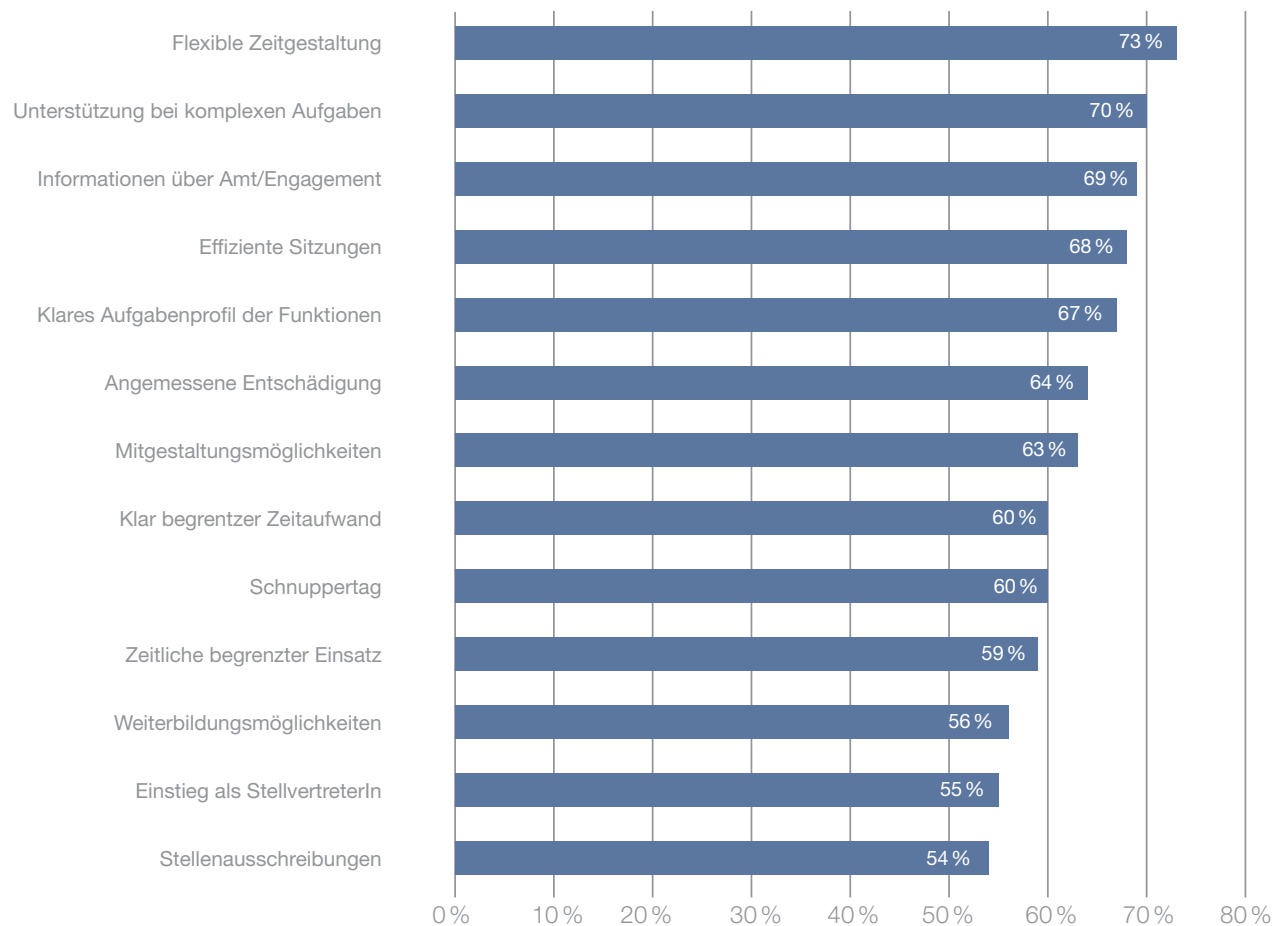


Anmerkung: Anteil der Personen, welche den Grund bejaht haben in Prozent der Gesamtanzahl der Befragten des jeweiligen Geschlechts (N Frau=459; N Mann=431). In der Abbildung werden nur jene Gründe abgebildet, deren Einschätzung sich zwischen Männern und Frauen signifikant unterschied (t-Tests, p-Wert < 0.05).

Dabei schienen sich beim Engagement in politischen Organisationen gerade bei den Frauen bekannte Hürden für eine Beteiligung in der Politik und im Bereich Arbeit und Erwerbstätigkeit zu kumulieren. Einerseits nannten Frauen signifikant häufiger das fehlende Interesse, aber auch das ungenügende Wissen über und Verständnis für Politik als Hinderungsgrund für eine leitende Funktion in einer politischen Organisation. Andererseits kamen weitere Gründe dazu, die Frauen oft auch von einer

intensiveren Erwerbstätigkeit oder beruflichen Führungspositionen abhalten: zu wenig Zeit, das Gefühl, für eine solche Aufgabe nicht geeignet zu sein, die Angst vor einer zu grossen Belastung und Verantwortung oder die Angst vor dem Versagen. Schliesslich deutet die stärkere Betonung der Argumente «keine Beziehung zur Gemeinde» sowie «ich kenne niemanden in der Organisation» auf im Vergleich zu den Männern weniger ausgebildete Netzwerke hin.

Abbildung 10: Häufigkeiten der Anreizmassnahmen für ein freiwilliges politisches Engagement in einer leitenden Funktion

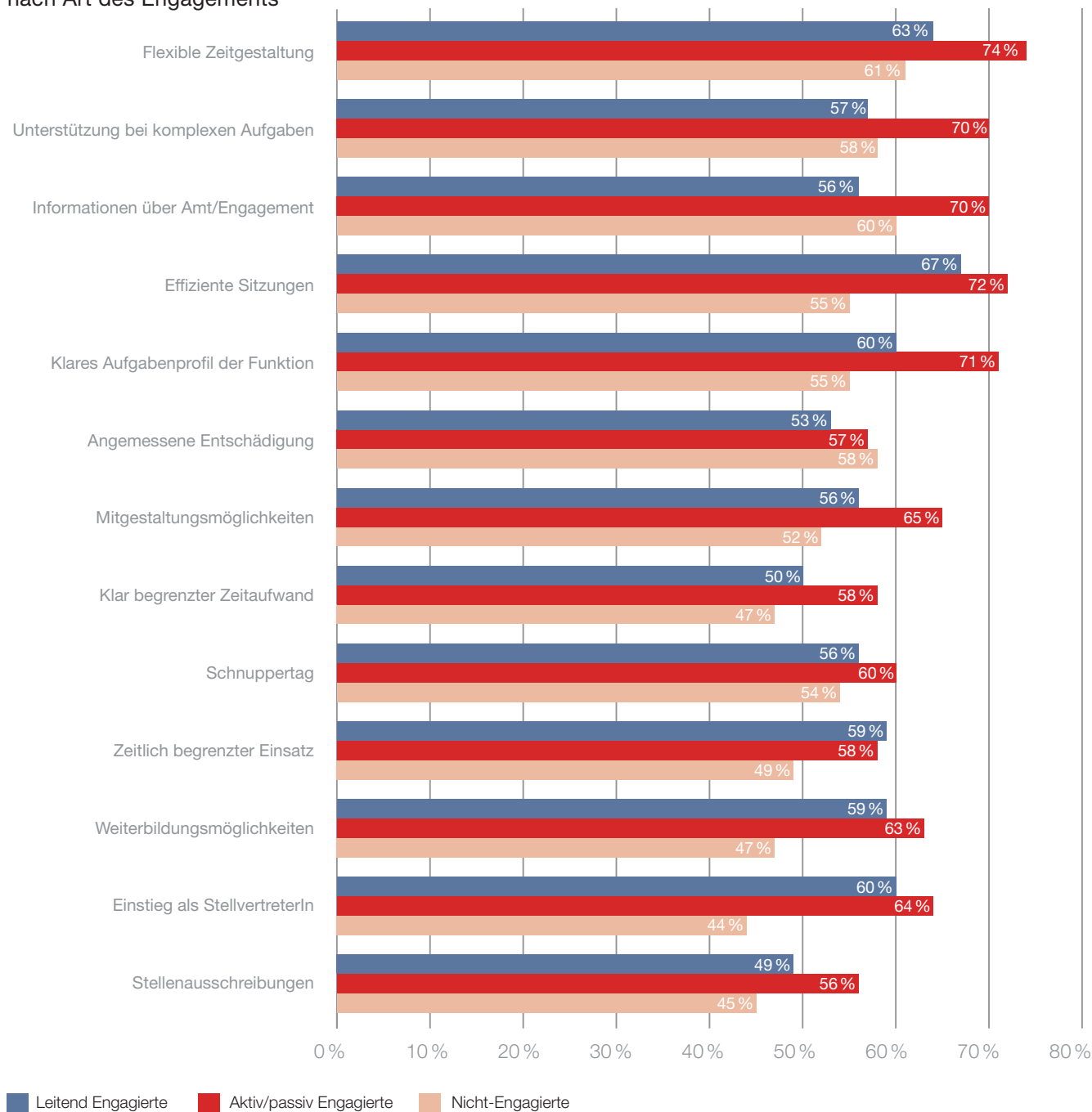


Anmerkung: Die Frage wurde allen Personen gestellt. Prozentangaben entsprechen dem Anteil der Personen, welche die Massnahme bejaht haben (N=1'000).

Bei der Frage, welche Massnahmen ein freiwilliges Engagement in einer Leitungsfunktion in einer politischen Organisation für sie attraktiver machen würden, fanden alle in der Umfrage vorgeschlagenen Punkte eine Zustimmung von über 50%. In Abbildung 10 ist ersichtlich, dass die flexible Zeitgestaltung (73%) am häufigsten bejaht wurde. Dieser Befund überrascht insofern nicht, als die Zeit – wie oben berichtet – als zentraler Hinderungsgrund für ein Engagement in einer leitenden Funktion identifiziert wurde. Daneben wurden auch Massnahmen mit Bezug zur konkreten Aufgabe der Funktion häufig

bejaht. Hingegen fanden sowohl Weiterbildungsmöglichkeiten im Amt, ein Einstieg als StellvertreterIn sowie eine Stellenausschreibung der Leitungsfunktion wie bei beruflichen Stellen vergleichsweise weniger Zustimmung. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bewegen sich alle zwischen 0 und 10 Prozentpunkten. Von Frauen signifikant häufiger bejaht wurden der klar begrenzte Zeitaufwand sowie die zeitliche Flexibilität. Männer hingegen sahen Weiterbildungsmöglichkeiten in der Funktion oder im Amt signifikant öfters als Frauen als geeigneten Anreiz.

Abbildung 11: Anreizmassnahmen für ein freiwilliges politisches Engagement in einer leitenden Funktion nach Art des Engagements



Anmerkung: Anteil der Personen, welche die Massnahme bejaht haben, in Prozent der Gesamtanzahl der Befragten der jeweiligen Gruppe (N Leitend=52; N Aktiv/Passiv=256; N Nicht=225).

Bereits (aktiv oder passiv) engagierte Personen haben deutlich häufiger eine Massnahme bejaht als Nicht-Engagierte oder bereits leitend Engagierte. Das heisst, für mehr Personen in dieser Gruppe würden unterschiedliche Massnahmen ein Engagement in einer leitenden Funktion innerhalb einer politischen Organisation attraktiv machen. Über 70 % Zustimmung erhielten die flexible Zeitgestaltung (74 %), effiziente Sitzungen (72 %) und ein klares Aufgabenprofil

der Funktion (71 %). Die bisher nicht engagierten Personen stimmten fast immer seltener für eine Massnahme als die anderen. Einzig eine angemessene Entschädigung fand bei ihnen mehr Zustimmung¹⁰. Am häufigsten bejahte jedoch auch diese Gruppe eine flexible Zeitgestaltung (61 %), gefolgt von ausreichend Informationen über das Amt oder das Engagement (60 %).

10. Bei allen Massnahmen, mit Ausnahme einer angemessenen Entschädigung, ergeben sich statistisch signifikante Unterschiede zwischen Nicht-Engagierten und jenen, die bereits aktiv oder passiv engagiert sind.

Zwischenfazit

Zunächst dokumentieren die Analysen, dass eine Minderheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer politischen Organisation engagiert ist. Dabei nimmt die Häufigkeit eines Engagements mit zunehmender Intensität desselben ab: Während rund ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Mitglied in einer politischen Organisation ist, übernehmen 10 % der Befragten eine aktive, ausführende Tätigkeit in diesen Organisationen und lediglich rund 5 % eine leitende Funktion. 9 % bekleiden gemäss eigener Angabe ein politisches Amt.

Ein zweiter zentraler Befund ist, dass sich Frauen und Männer unterschiedlich häufig politisch in Organisationen engagieren. Auf der einen Seite sind junge Frauen weniger an Politik interessiert, und sie fühlen sich auch weniger kompetent und handlungsfähig (Beyeler et al. 2015). Diese Argumente werden in der vorliegenden Studie auch besonders oft von Frauen als Hinderungsgrund für ein aktiveres Engagement vorgebracht. Auf der anderen Seite werden eine geringere Ressourcenausstattung, nicht zuletzt die verfügbare Zeit und Netzwerke, aber auch das weniger ausgeprägte Streben nach Einfluss und das geringere Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten als wichtige Gründe dafür betrachtet, weshalb sich Frauen weniger oft formell freiwillig betätigen (Freitag et al. 2016; Stadelmann-Steffen et al. 2007; Stadelmann et al. 2010) und weshalb sie im Arbeitsmarkt seltener Führungspositionen innehaben (Strub and Bauer 2002; Wilz 2008). Diese Aspekte scheinen im Bereich des politischen Engagements in Organisationen ebenfalls eine Rolle zu spielen. Insgesamt scheint die hier betrachtete, spezifische Form des Engagements, an der Schnittstelle von politischer Partizipation und (bezahlter oder freiwilliger) Arbeit, besonders hohe Hürden für die Frauen bereitzuhalten, was sich in deutlich geringeren Engagement-Raten widerspiegelt.

Drittens zeugt die Analyse von Motiven und Hinderungsgründen davon, dass dem politischen Engagement in Organisationen sehr unterschiedliche Motivationen zugrunde liegen und sich nicht ein einzelner, spezifischer Grund identifizieren lässt, der Jugendliche und junge Erwachsene von einem Engagement abhält. Mit dieser Erkenntnis dürfte auch zusammenhängen, dass selbst der relativ enge Fokus auf Organisationen im politischen Bereich eine breite Palette von möglichen Engagementformen zusammenfasst, die unterschiedliche Menschen aus verschiedenen Gründen tun oder lassen können. Was diese Art von Engagement naheliegenderweise

zentral von freiwilligen Tätigkeiten in Organisationen im Allgemeinen abgrenzt, ist das Politische. Politisches Interesse, politische Selbstkompetenz und das Streben nach politischer Einflussnahme sind denn auch für viele die zentralen Motive für ein solches – aktives oder passives – Engagement.

Vor diesem Hintergrund sind, viertens, schliesslich auch die Ergebnisse bezüglich möglicher Anreizmassnahmen zu sehen. Viele der von den Befragten bejahten Massnahmen zielen darauf ab, das politische Interesse und die politischen Fähigkeiten etwa durch politische Bildung an den Schulen zu erhöhen, oder aber Möglichkeiten zu suchen, dieser Art von Engagement und der Politik im Allgemeinen zu einem besseren Ansehen und Image zu verhelfen. Ein Engagement in einer leitenden Funktion hingegen scheint vor allem durch Massnahmen in Bezug auf die konkrete Tätigkeit und dem damit verbundenen Zeitaufwand an Attraktivität gewinnen zu können.

Die vorliegenden Befunde sind mit verschiedenen Einschränkungen verbunden, die es bei deren Interpretation zu beachten gilt. Zunächst darf das hier im Zentrum stehende Engagement in politischen Organisationen nicht mit politischem Engagement im Allgemeinen gleichgesetzt werden. Tatsächlich handelt es sich um einen spezifischen Ausschnitt der politischen Beteiligung, der nicht nur viele weit verbreitete konventionelle und unkonventionelle Arten politischer Partizipation ausschliesst, sondern auch im Bereich des freiwilligen Engagements im politischen Bereich stärker informelle Tätigkeiten nicht einbezieht. Ausserdem gilt es zu beachten, dass die vorliegenden Analysen auf Selbstaussagen bezüglich des eigenen Engagements beruhen, welche das tatsächliche Ausmass und Niveau der Beteiligung tendenziell eher über- als unterschätzen. Trotz dieser Einschränkungen lässt sich abschliessend festhalten, dass es sich beim Engagement in politischen Organisationen um eine Art der politischen Partizipation handelt, die zwar von einer Minderheit, aber doch von substantiellen Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener ausgeübt wird. Dies verdeutlicht die Relevanz weitergehender, qualitativer Analysen, welche die Motive, Hinderungsgründe und möglichen Fördermassnahmen unter die Lupe nehmen, aber auch deren Bedeutung für bereits und potenziell Engagierte sowie insbesondere für Frauen genauer spezifizieren. Dieses Ziel hat die qualitative Teilstudie verfolgt, worauf im folgenden Kapitel eingegangen wird.

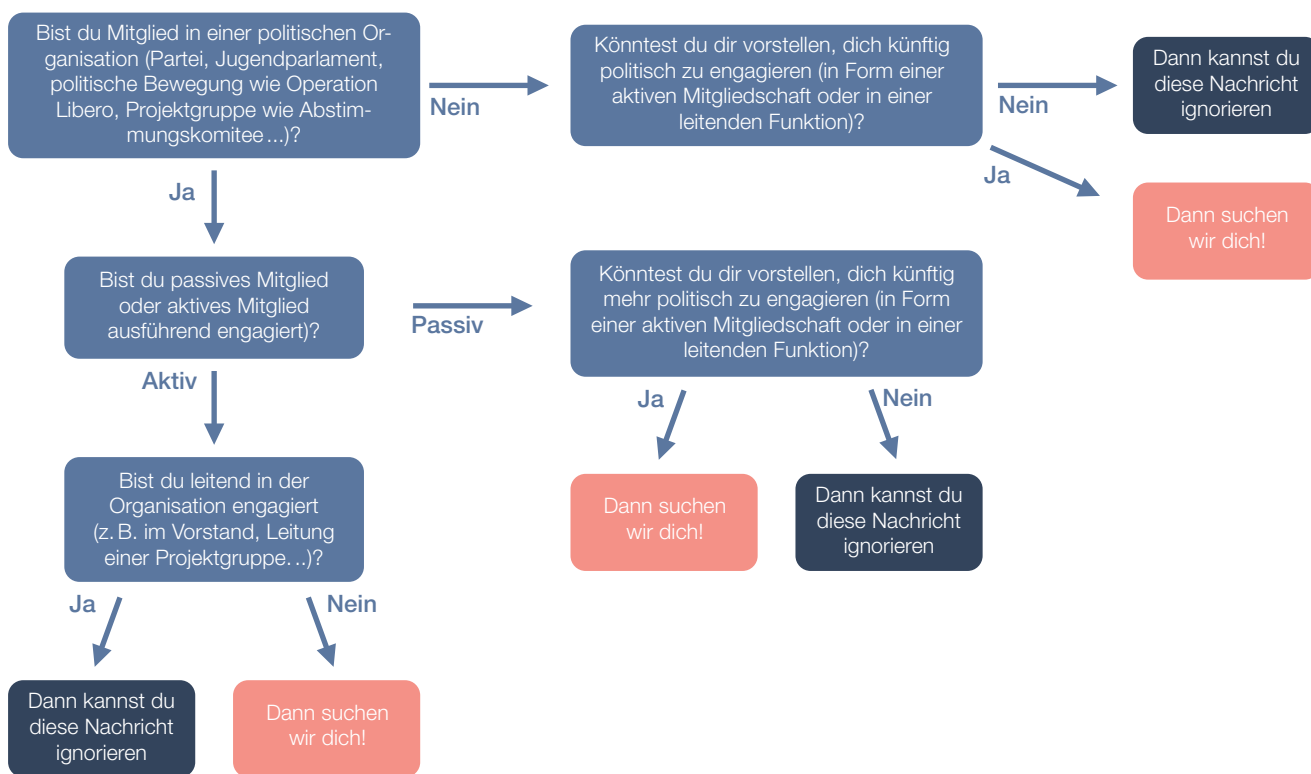
7 Qualitative Teilstudie

In diesem Kapitel wird die qualitative Teilstudie vorgestellt. Die qualitative Teilstudie nahm die Ergebnisse der quantitativen Teilstudie als Anknüpfungspunkt, um weitere Einblicke in die motivierenden und hemmenden Faktoren für die Ergreifung einer freiwilligen oder ehrenamtlichen Tätigkeit zu gewinnen. Zuerst folgt eine Übersicht über die Rekrutierung der Teilnehmenden und die Durchführungsform der Gruppendiskussionen. Anschliessend werden die zentralen Ergebnisse dokumentiert.

Rekrutierung

Die Rekrutierung fand unter anderem über eine Anfrage der Teilnehmenden des easyvote-Politikmonitor 2020 statt. Sie gab Aufschluss darüber, wie hoch das aktuelle Engagement ist und lautete: «Wie hoch beurteilst du dein politisches Engagement im Allgemeinen?». Darauf folgte die Zusatzfrage: «Könntest du dir vorstellen, dich in Zukunft politisch mehr zu engagieren?». Jene Personen, welche auf diese Fragen geantwortet haben, hatten über einen Aufruf kontaktiert. Der Aufruf beinhaltete das gesuchte, genaue Profil und einen Entscheidungsbaum für die Befragten:

Abbildung 12: Entscheidungsbaum für Rekrutierung der TeilnehmerInnen nach Art des Engagements



Über den Entscheidungsbaum konnten die angefragten Personen selbst entscheiden, ob sie für die qualitative Teilstudie in Frage kommen oder nicht.

Nebst diesem Aufruf wurde, insbesondere für die Gruppe der bereits freiwillig Engagierten, über Jugendorganisationen und Netzwerke von Jugendlichen aus den Kantonen Zürich und Aargau für die Studienteilnahme rekrutiert. Dies, da diese beiden Kantone Förderpartner der Studie sind. Dazu gehören: Hochschulen der Kantone Zürich und Aargau (Institut für Volkswirtschaftslehre UZH, Institut für Betriebswirtschaftslehre UZH, Institut für Politikwissenschaft UZH, Historisches Seminar UZH, PH Zürich, Soziale Arbeit ZHAW, alle Bachelorstudiengänge der ZHAW, Alle Studiengänge der ZHdK, Bachelorstudiengänge der HWZ, Studien-

gänge der FHNW Standorte Aargau) und Jungparteien der beiden Kantone (JUSO, Junge Grüne, Junge GLP, Junge SVP, Junge EVP, Junge BDP, Jungfreisinnige). Es ergab sich ein Pool von Jugendlichen, die für die qualitative Teilstudie in Frage kamen. Aus diesem Pool wurden für die Termine der Fokusgruppengespräche schliesslich zwölf TeilnehmerInnen rekrutiert. Die zwölf TeilnehmerInnen waren zwischen 16 und 23 Jahre alt und befanden sich zum Zeitpunkt der Fokusgruppengespräche in der Lehre oder im Studium. Von den TeilnehmerInnen waren vier Männer und acht Frauen.

Durchführung Fokusgruppengespräche

Die zwölf TeilnehmerInnen wurden in zwei Gruppen organisiert:

- ▶ In der ersten Gruppe waren jene, die sich bereits freiwillig oder ehrenamtlich engagierten (Engagierte). Sie wurden nach den Motiven für ihr Engagement und dem Entstehen ihres Engagements befragt. Weiter wurde die Frage geklärt, weshalb sie sich bis anhin nicht für ein stärkeres, ehrenamtliches Engagement entschieden hatten und was es bräuchte, damit sie sich für ein solches Ehrenamt entscheiden würden. Diese Gruppe bestand aus fünf Personen (zwei Männer und drei Frauen).
- ▶ In der zweiten Gruppe waren jene, die sich (noch) nicht freiwillig engagierten (Potenzielle). Es handelte sich also um Personen, die sich ein freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement vorstellen können, sich aber noch nicht engagieren. Sie wurden gefragt, weshalb sie sich bis anhin (noch) nicht für ein solches Engagement entschieden hatten und was es bräuchte, damit sie sich freiwillig oder ehrenamtlich engagieren würden. Diese Gruppe bestand aus sieben Personen (zwei Männer und fünf Frauen).

Die Fokusgruppengespräche wurden im Juni 2020 durchgeführt. Aufgrund der Covid-19-Pandemie fanden sie online über Zoom statt. Die Gespräche wurden auf Deutsch geführt, da dies die Muttersprache der Teilnehmenden ist. Während der Durchführung wurden die Antworten zu Hinderungsgründen und Massnahmen mittels Miro-Board festgehalten und zusammen besprochen, was eine besonders interaktive gemeinsame Diskussion ermöglichte.

Empirische Befunde

Das Ziel der Fokusgruppengespräche war es, offene Fragen aus der quantitativen Teilstudie zu klären: Reicht eine flexible Zeitgestaltung, um das Problem der fehlenden Zeit für ein Engagement zu lösen? Wie genau möchten die jungen Menschen über ein Amt/Engagement informiert werden? Diese Fragen konnte die quantitative Teilstudie nicht beantworten. Die qualitative Erhebung konzentrierte sich deshalb auf die vertiefte Analyse der Motive, Beweg- und Hinderungsgründe. Die wichtigsten Befunde werden nachstehend zusammengefasst.

Entstehung des politischen Engagements und Motive

Den Engagierten wurde als Erstes folgende Frage gestellt: Wieso engagiert ihr euch und wie ist es zum Engagement gekommen? Ziel war, etwas über die Motive hinter dem Engagement in Erfahrung zu bringen.

Von den Engagierten war die Mehrheit parteipolitisch engagiert. Zwei von fünf Engagierten nahmen andere Formen des politischen Engagements wahr, namentlich die Mitgliedschaft in einem Jugendparlament bzw. einem Interessensverband. Das Engagement in der Gruppe bestand bei allen aus freiwilligen Tätigkeiten, aber Ehrenämter. Ein kleiner Teil der Engagierten zog zum Zeitpunkt der Fokusgruppengespräche ein Ehrenamt in Erwägung, entschied sich jedoch dagegen, was im nächsten Kapitel besprochen wird.

Die Entstehung des Engagements war bei allen in erster Linie auf persönlicher Ebene motiviert. Grundsätzlich war bei den Engagierten das politische Interesse der Hauptgrund für die Entstehung ihres Engagements. Dieses politische Interesse ist bei vier von fünf Engagierten in der Schule entstanden oder stärker geworden: In der Schule haben sie Tools wie smartvote kennengelernt, die ihnen ein politisches Wissen vermittelten; auch haben sie durch Aktivitäten in Schulorganisationen, die auf freiwilliger Basis stattfanden, ein Interesse für das politische oder informelle Engagement entwickelt. Die Schule ist also ein wichtiger Player, wenn es darum geht, den Jugendlichen ein Grundwissen in der Politik zu vermitteln und dieses zu fördern. So kann unter Umständen später ein politisches Engagement entstehen. Als zweites, wichtiges Motiv wurde das Bedürfnis nach Einbezug genannt: drei von fünf Engagierten wollten ihre eigene, aber auch die Stimme von Jugendlichen generell verstärken; sie wollten sich politisch einbringen und politische Themen mit Gleichaltrigen diskutieren. Dazu gehört auch das Bedürfnis, sich in einem Umfeld zu bewegen, das gleich denkt – also eine Art Gemeinschaftsgefühl vermittelt. Dieses Motiv bezog sich insbesondere auf das parteipolitische Engagement.

Geschlechterunterschiede waren bei den Motiven für das politische Engagement, im Gegensatz zur quantitativen Teilstudie, hier nicht beobachtbar. Männer und Frauen waren sich hinsichtlich der Motive für das politische Engagement sehr einig.

Hinderungsgründe

In einem zweiten Schritt wurden beide Gruppen nach den Gründen gefragt, die gegen ein (stärkeres) Engagement sprechen: Wieso bist du nicht stärker bzw. gar nicht politisch engagiert (in Form einer aktiven Mitgliedschaft oder einer leitenden Funktion)? Die Frage wurde zuerst offen gestellt, um aktive Vorschläge und Antworten der Teilnehmenden zu identifizieren. Danach wurden vorgegebene Kategorien – analog zur quantitativen Teilstudie – freigeschaltet, in welche die Antworten der Teilneh-

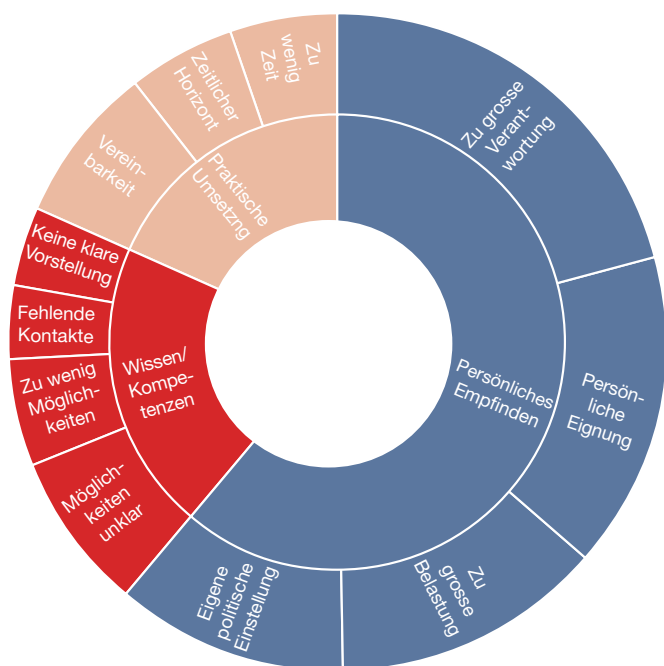
menden eingeteilt wurden. Eine abschliessende Plenumsdiskussion gab den Teilnehmenden dann nochmals die Möglichkeit, zentrale Hinderungsgründe zu nennen und allfällige, noch nicht erwähnte Hinderungsgründe zu diskutieren. Dieses dreistufige Verfahren ermöglichte es, die Aussagen der Jugendlichen nach Wichtigkeit einzuordnen. Jene Gründe, die sie selbst (ohne vorgegebene Kategorien) aktiv formulierten, werden in den folgenden Darstellungen jeweils als relevanter festgehalten. In der Plenumsdiskussion wurde die Wichtigkeit der einzelnen Antworten jeweils auch von den Teilnehmenden selbst evaluiert.

a) Engagierte

Wie bereits erwähnt, hat sich ein Teil der Engagierten für ein Ehrenamt oder ein generell stärkeres politisches Engagement interessiert, ist dieses aber nicht angegangen. Als wichtigsten Hinderungsgrund identifizierten sie ihr persönliches Empfinden. Dazu gehören die Angst vor der Verantwortung, die mit einem stärkeren politischen Engagement einhergeht, die Angst vor Belastung, dadurch, dass man sich exponiert und Kritik ausgesetzt wird, und die Sorge, als Jugendlicher nicht ernst genommen zu werden. Geschlechterunterschiede waren beim letzten Punkt ersichtlich: Vor allem für die Frauen in der Gruppe war die Sorge, nicht ernst genommen zu werden, ein ausschlaggebender Grund, der sie an einem stärkeren Engagement hinderte. Sie fühlten sich als junge Frau in einem eher von Männern dominierten Umfeld (wie beim parteipolitischen Engagement) nicht genug ernst genommen. Zum persönlichen Empfinden gehört auch die Selbsteinschätzung der persönlichen Eignung für das politische Engagement: Ein Teil der Engagierten traute sich das ehrenamtliche Engagement selbst nicht zu, weil sie sich als nicht genug erfahren oder kompetent einschätzten. Sie berichteten davon, dass sie Mühe hätten, ihre eigene Meinung ohne Bedenken zu äussern, da sie die politische Diskussionskultur in diesem Zusammenhang als hinderlich erlebten. Diese Diskussionskultur wurde dadurch beschrieben, dass nicht sehr offen und teilweise intolerant auf kontroverse und neue Meinungen reagiert werde. Den Umgang mit dieser Diskussionskultur erachteten die Jugendlichen deshalb als zu kompliziert und mühsam, insbesondere auf digitalen Kanälen. In Bezug auf den digitalen Raum berichteten sie von weniger Kontrolle von provokativen oder unhöflichen Meinungen als in der Offline-Welt, weshalb bei ihnen insbesondere auch eine gewisse Angst vor Versagen oder vor Kritik von aussen vorhanden sei. Ein weiterer Punkt, den die Engagierten besonders bei parteipolitischen Engagements als hinderlich erachteten, war die eigene, politische Einstellung. Einerseits

äusserten sie Bedenken, dass ihre eigene, politische Einstellung zu Kritik und Exklusion innerhalb des Engagements führen könne. Andererseits fühlten sie sich oft nicht dazu bereit, ein stärkeres, politisches Engagement in Angriff zu nehmen, weil sie sich politisch nicht vollends mit den bestehenden politischen Meinungen und Ansichten in der Partei identifizieren konnten oder selbst völlig abweichende Meinungen hatten.

Abbildung 13: Hinderungsgründe für Engagierte



Anmerkung: Abbildung der Gründe nach empfundener Wichtigkeit. Eigene Darstellung zur Veranschaulichung.

Weiter empfanden die Engagierten das eigene Wissen über ein ehrenamtliches Engagement und die eigenen Kompetenzen für dieses als nicht ausreichend. Dies insofern, als ihnen oft unklar war, welche Möglichkeiten es für ein stärkeres, politisches Engagement gibt. Ihnen fehlten die Informationen und sie wussten nicht, wo sie mehr darüber erfahren können. Die Engagierten betonten, dass selbst wenn die Möglichkeiten klar seien, diese oft als «unzureichend» empfunden würden. Es fehlten Schnuppermöglichkeiten, eine enge Begleitung, z. B. durch ein Vorstandsmitglied, und eine klare Vorstellung vom Engagement im Voraus. Auch hatten die Engagierten zu wenige Kontakte, welche ihnen ein Engagement hätten vermitteln können. Dies steht in Verbindung mit der weiter oben erwähnten Selbsteinschätzung der persönlichen Eignung für das politische Engagement.

schätzung der Engagierten: Da sie sich selbst als nicht geeignet einschätzen, hatten sie das Bedürfnis nach Hilfestellungen, um die vermeintlich fehlenden Kompetenzen überwinden zu können. In Kombination mit dem fehlenden Wissen zu Engagement-Möglichkeiten wurde dies zum Stolperstein für jene, die sich theoretisch ein stärkeres Engagement hätten vorstellen können.

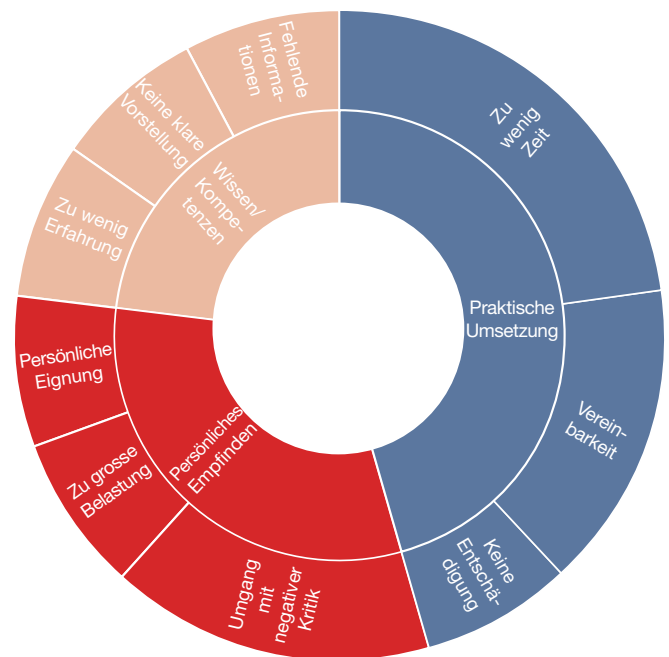
Erst im zweiten Schritt, als die Kategorien freigeschaltet wurden, benannten einige der TeilnehmerInnen die praktische Umsetzung als Hinderungsgrund. Als praktische Umsetzung wird alles bezeichnet, was dazu beiträgt, dass das Engagement praktisch, unkompliziert und flexibel im Alltag umgesetzt und in die Lebenswelt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen integriert werden kann. Diese Kategorie ist im Kreisdiagramm kleiner dargestellt, weil die Jugendlichen diese Hinderungsgründe erst im Nachhinein und durch eine gewisse Vorgabe geäußert haben. Es handelt sich also um weniger zentrale Hinderungsgründe als das persönliche Empfinden und das Wissen und die Kompetenzen. Dennoch ist die praktische Umsetzung zu berücksichtigen, da die Engagierten sich einig waren, dass man in jungen Jahren zu wenig Zeit für ein intensives Engagement hat und sich insbesondere nicht langfristig daran binden will. Damit gingen auch die Bedenken einher, dass den Engagierten unklar war, wie viel Zeit durch das Engagement beansprucht wird. Das fehlende Wissen über ein stärkeres, ehrenamtliches Engagement spielte hier also wieder hinein. Dass die Engagierten das Gefühl hatten, sie könnten ohnehin nicht mehr Zeit investieren, hinderte sie an einem stärkeren, politischen Engagement.

b) Potenzielle

Bei der Gruppe der Potenziellen war die praktische Umsetzung der zentralste Hinderungsgrund für ein politisches Engagement. Die Gruppe war sich einig, dass nebst schulischen Verpflichtungen oder anderen Freizeitaktivitäten schlichtweg zu wenig Zeit für ein politisches Engagement bleibt. Dieser Zeitfaktor wurde bereits in der quantitativen Teilstudie festgestellt. Ausserdem berichteten die Potenziellen von einem fehlenden, klaren Lebensmittelpunkt, da ihre Lebenswelt sehr dynamisch sei: Verschiedene Teile ihrer Lebenswelt befänden sich an unterschiedlichen Orten (z. B. die Ausbildung in einer Stadt, der Wohnort in einer anderen Gemeinde und das Hobby in der Nachbargemeinde) oder es könne zu schnellen Ortswechseln kommen (z. B. ein Umzug vom Dorf in eine Stadt, weil man eine Ausbildung beginnt). Ein politisches Engagement schien ihnen deshalb als schwierig umsetzbar, insbesondere ein verbindliches, stärkeres Engagement wie ein Ehrenamt. Ein Engagement war

für die Potenziellen mit ihren bestehenden Aktivitäten schlecht vereinbar. Zur praktischen Umsetzung gehört auch für sie das Bedürfnis nach einer Entschädigung: Die Jugendlichen, die sich für ein politisches Engagement interessierten, fühlten sich dadurch gehindert, dass das Engagement nicht bezahlt wird. Die Entschädigung sollte mehr als Zeichen von Dankbarkeit und Ansporn verstanden werden und nicht als Einnahmequelle für die Jugendlichen.

Abbildung 14: Hinderungsgründe für Potenzielle



Anmerkung: Abbildung der Gründe nach empfundener Wichtigkeit. Eigene Darstellung zur Veranschaulichung.

Nebst praktischen Bedenken war für die Potenziellen das persönliche Empfinden auch ein wichtiger Hinderungsgrund. Hier ging es vor allem um den Umgang mit allfälliger negativer Kritik, die sich aus dem Auftritt in der Öffentlichkeit ergeben kann. Als Beispiel wurde Social Media erwähnt, wo Hasskommentare oder Beleidigungen nicht kontrolliert werden können. Den Umgang mit solchen Feedbacks schätzten die Potenziellen als nicht einfach und als wahrscheinlich zusätzlich belastend nebst Job, Schule und Privatleben ein. Diese Bedenken gegenüber möglicher Kritik verunsicherten die Potenziellen und sprachen gegen ein Engagement. Auch die persönliche Eignung wurde hier als hinderlich empfunden, insbesondere weil man als unerfahrene Person Nachteile hat. Dieser Hinderungsgrund war bereits bei den Engagierten zentral. Die Potenziellen befürchteten, dass

andere Jugendliche oder junge Erwachsene den Zugang zu einem Engagement einfacher erhalten würden, weil sie erfahrener sind. Die Verantwortung, die sich durch ein stärkeres, politisches Engagement ergibt, wurde interessanterweise von den Potenziellen als Chance für die Karriere und das Selbstbewusstsein angesehen – anders als bei den Engagierten. Mehr Verantwortung hiess für diese Jugendlichen auch, stärker als Stimme wahrgenommen zu werden. Dies wurde wiederum als Chance angesehen, zu lernen, die eigene Stimme selbstbewusster zu äussern und selbstsicherer aufzutreten.

Das Wissen um Möglichkeiten und Informationen rund um ein Engagement und die eigenen Kompetenzen waren für die Potenziellen keine zentralen Hinderungsgründe. Die Möglichkeiten für ein Engagement waren ihnen klar, aber es fehlten genauere Informationen zum Anmeldeverfahren, zum Ablauf zu Beginn oder zu den Verpflichtungen, die mit dem Engagement einhergehen. Auch erwähnt wurde hier die fehlende eigene Erfahrung, die die Jugendlichen an einem Engagement hindert. Man kennt sich mit einem politischen Engagement nicht aus und weiss nicht viel darüber.

Massnahmen

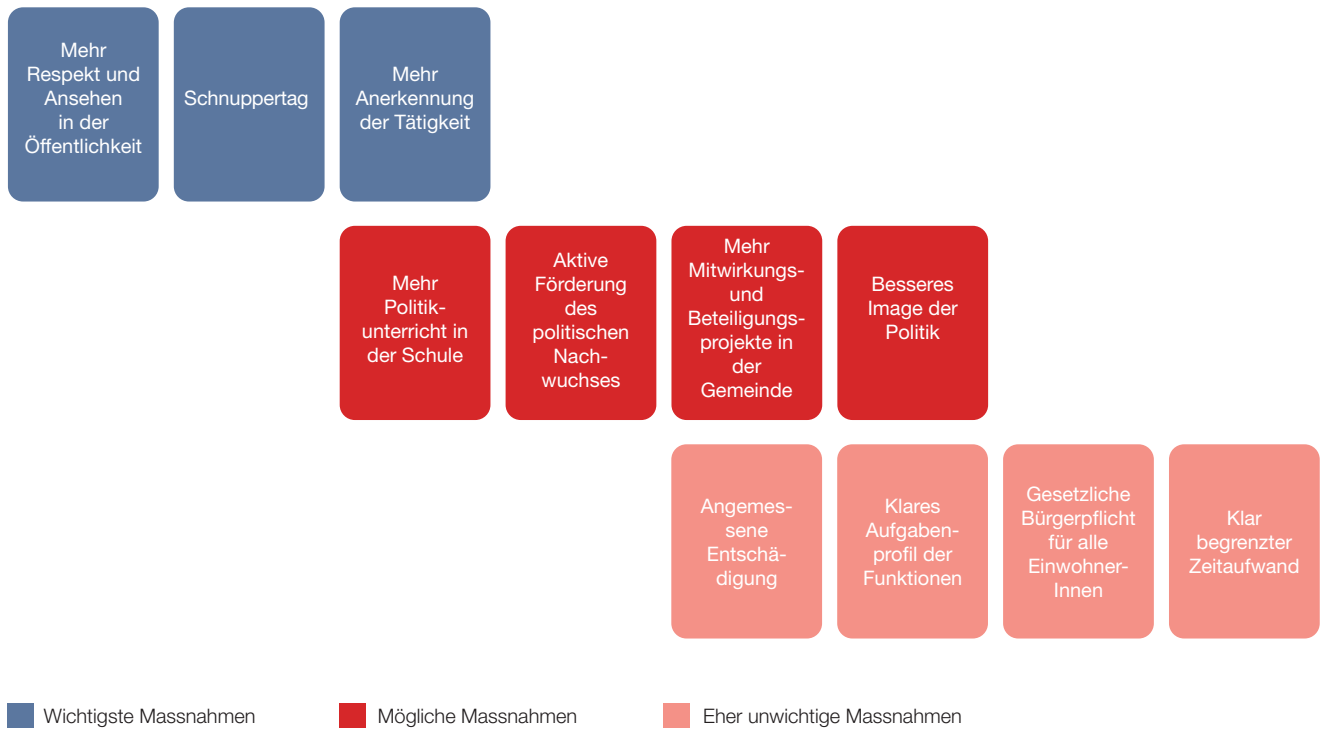
Nach der Diskussion über ihre Hinderungsgründe wurden in einem letzten Schritt beide Gruppen zu möglichen Massnahmen befragt, die ihr politisches Engagement fördern könnten: Welche Massnahmen würden für dich ein politisches Engagement attraktiver machen? Das Befragungsverfahren via Miro-Board verlief analog zu den Hinderungsgründen (s. o.).

a) Engagierte

Abbildung 15 zeigt auf, welche Massnahmen die Gruppe der Engagierten vorgeschlagen hat und für wie wichtig sie diese empfanden. Als am wichtigsten wurden Massnahmen bewertet, die zu mehr Respekt und Ansehen

in der Öffentlichkeit führen. Geschlechterunterschiede sind hier von grosser Bedeutung, da es vor allem die Frauen waren, welche diese Massnahmen genannt haben. Sie schlugen vor, durch Frauenförderung das Problem lösen kann, dass Frauen sich generell weniger zutrauen. Dies könnte u. a. durch Kontaktvermittlung zu Frauen in der Politik oder durch Frauenförderung in Parteien geschehen. Auch die Schule sollte diese Aufgabe frühzeitig wahrnehmen. Dies würde schliesslich die Selbsteinschätzung hinsichtlich der persönlichen Eignung von Frauen verbessern. Ebenfalls in Bezug auf Respekt erwähnten die Engagierten, dass das Internet offener und toleranter gemacht werden sollte, z. B. indem sichere und kontrollierte «Räume» auf Social Media für Diskussion und Meinungs austausch zwischen Jugendlichen geschaffen werden. Da die Lebenswelt der Jugendlichen sich oft im digitalen Raum abspielt, geben sie diesem Raum auch für ein politisches Engagement eine grosse Bedeutung. Ein sicherer, digitaler Raum würde der Angst vor Spam oder Hasskommentaren entgegenwirken, die zuvor als Hinderungsgrund erwähnt wurden. Als weitere, wichtige Massnahme zählt die Förderung von Politikunterricht in der Schule: Politikunterricht soll möglichst jeder Person zugänglich gemacht werden, auf allen schulischen Ebenen stattfinden und Teil der Allgemeinbildung werden. Das Anbieten von Schnuppertagen wurde als ebenso wichtig empfunden: Schnuppertage oder Austauschmöglichkeiten sollen dabei helfen, eine bessere Vorstellung vom Engagement zu erhalten und mehr über die bestehenden Möglichkeiten zu erfahren. Diese Austauschgefässe sollten möglichst niederschwellig und unverbindlich sein (z. B. Polittunch). Eine weitere, wichtige Massnahme ist die Anerkennung: Das Engagement sollte anerkannt werden und für den persönlichen Lebenslauf mehr Vorteile bringen. Deshalb wünschten sich die Engagierten, dass z. B. Zeugnisse oder Diplome ausgestellt und Referenzen ermöglicht werden.

Abbildung 15: Massnahmen, die Engagierte vorschlagen



Anmerkung: Diagramm nur zur Veranschaulichung. Eigene Darstellung.

Als weitere Massnahmen wurden die aktive Förderung des politischen Nachwuchses, mehr Mitwirkungsprojekte in der Gemeinde und ein generell besseres «Image der Politik» genannt. Auch eine angemessene Entschädigung kann für die Engagierten motivierend wirken (wobei sich nicht alle einig waren, ob dies nicht zu falschen Motiven für ein Engagement führen kann). Als eher unwichtige Massnahmen wurden ein klares Aufgabenprofil, ein klar begrenzter Zeitaufwand für das Engagement, Mitgestaltungsmöglichkeiten und eine gesetzliche Bürgerpflicht für alle EinwohnerInnen betrachtet.

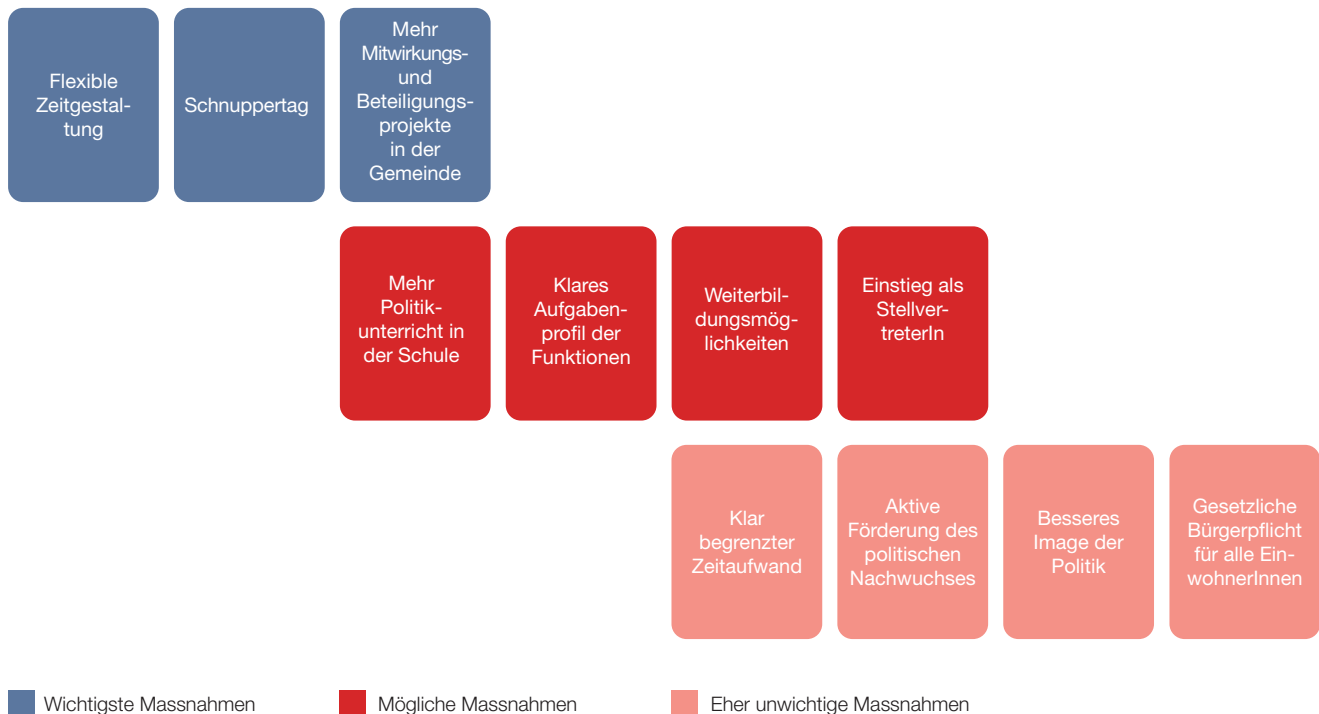
b) Potenzielle

Abbildung 16 zeigt die Massnahmen, die die Gruppe der Potenziellen vorgeschlagen hat. Einige Massnahmen decken sich mit den Wünschen der Engagierten, wobei sie aber als wichtiger oder weniger wichtig empfunden wurden. Zusätzlich gibt es einzelne, neue Massnahmen.

Ähnlich wie die Engagierten sahen die Potenziellen einen Schnuppertag als zentrale Massnahme, um ein stärkeres, politisches Engagement zu fördern. Als Beispiele wurden Infoveranstaltungen, Schulausflüge ins Bundeshaus, Einblicke in Gemeinderatssitzungen und unverbindliche Austauschgefässe genannt. Schnuppertage

sollen die Möglichkeit bieten, allfällige Bedenken mit Personen, die bereits ein solches Engagement wahrnehmen, zu teilen und Wissenslücken bezüglich des Engagements zu reduzieren. Als ebenso wichtig empfand die Gruppe der Potenziellen die Möglichkeit zur flexiblen Zeitgestaltung. Freizeit ist sehr wichtig im Jugendalter und es soll verhindert werden, dass das Engagement die gesamte Freizeit in Anspruch nimmt. Eine mögliche Umsetzung hierzu wäre, dass das Engagement teilweise in die Schul-/Arbeitszeit integriert wird, z. B. durch das Anbieten von obligatorischen oder freiwilligen Zusatzkursen in der Schule oder am Arbeitsplatz.

Abbildung 16: Massnahmen, die Potenzielle vorschlagen



Anmerkung: Diagramm nur zur Veranschaulichung. Eigene Darstellung.

Beteiligungsprojekte in der Gemeinde bieten einen guten Einstieg für unerfahrene Personen. Diese Projekte sollten unverbindlich sein, damit allfällige Hemmschwellen einfach überwunden werden können. Mehr Politikunterricht an der Schule fördert den Aufbau von Wissen und gibt eine bessere Vorstellung des Engagements. In Bezug auf Funktionen war es den Potenziellen wichtig, dass das Aufgabenprofil klar ist, um der unklaren Vorstellung eines politischen Engagements entgegenzuwirken.

Als eher unwichtige Massnahmen wurden ein klar begrenzter Zeitaufwand und ein besseres Image der Politik gewertet. Dies sind also eher keine Anknüpfungspunkte, wenn das politische Engagement gestärkt werden soll, weder für Engagierte noch für Potenzielle.

8 Diskussion

Die wichtigsten Erkenntnisse aus beiden Teilstudien werden in der Diskussion zusammengebracht, um allfällige Überschneidungen oder Unterschiede zu identifizieren. Zudem werden diese neuen Erkenntnisse in Handlungsempfehlungen zur Stärkung des politischen Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen umformuliert und diese Handlungsempfehlungen aufgezeigt.

Form des Engagements

Die quantitative Teilstudie hat klar aufgezeigt, dass eine Minderheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer politischen Organisation engagiert ist. Dabei nimmt die Häufigkeit mit zunehmender Intensität des Engagements ab: Während rund ein Viertel der Befragten Mitglied in einer politischen Organisation ist, übernehmen 10 % der Befragten eine aktive ausführende Tätigkeit in diesen Organisationen und lediglich rund 5 % eine leitende Funktion. 9 % bekleiden gemäss eigener Angabe ein politisches Amt. Dieses Beteiligungslevel mag als gering erscheinen, doch die jungen Erwachsenen damit unterscheiden sich nicht wesentlich von älteren Erwachsenen. Frühere Erhebungen zum freiwilligen Engagement der Schweizer Bevölkerung zeigen, dass sich generell nur eine Minderheit in Vereinen und Organisationen engagiert, wobei das Engagement im politischen Bereich sogar noch seltener ist (Freitag et al. 2016; Stadelmann-Steffen et al. 2007; Stadelmann et al. 2010). Während sich die Daten aufgrund leicht abweichender Konzeptualisierungen und Datenerhebungen nicht direkt miteinander vergleichen lassen, deuten die Ergebnisse der quantitativen Teilstudie darauf hin, dass Jugendliche und junge Erwachsene im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung insgesamt nicht weniger in politischen Organisationen aktiv sind. In der qualitativen Teilstudie wurde vor allem bei den Engagierten darauf geschaut, dass es sich um solche Personen handelte, die kein Ehrenamt und keine leitende Funktion wahrnahmen, sondern eben ein freiwilliges Engagement, das mit einem weniger hohen Verpflichtungsgrad einhergeht. Dazu gehören vor allem die Mitgliedschaft in Jungparteien, Jugendparlamenten oder Jugendverbänden. Dies zeigt, dass diese Form von Engagement unter den Jugendlichen durchaus beliebter ist als ein Ehrenamt.

Die quantitative Teilstudie hat ausserdem aufgezeigt, dass sich Frauen und Männer unterschiedlich häufig politisch in Organisationen engagieren. Während die Untervertretung der Frauen in der Politik und im Bereich der bezahlten sowie formell freiwilligen Arbeit bekannt ist und oft diskutiert wird, scheinen sich bei der spezifischen Art des Engagements in politischen Organisationen die Hürden für Frauen zu kumulieren

Motive und Hinderungsgründe

Die Geschlechterunterschiede wurden in der quantitativen Teilstudie klar ersichtlich: Auf der einen Seite sind junge Frauen weniger an Politik interessiert und fühlen sich auch weniger kompetent und handlungsfähig (Beyeler et al. 2015). Diese Argumente werden in der vorliegenden Studie auch besonders oft von Frauen als Hinderungsgrund für ein aktiveres Engagement vorgebracht. Auf der anderen Seite werden geringere Ressourcen, nicht zuletzt die verfügbare Zeit und Netzwerke, aber auch das weniger ausgeprägte Streben nach Einfluss und das geringere Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten als wichtige Gründe dafür betrachtet, warum Frauen sich weniger oft formell freiwillig betätigen (Freitag et al. 2016; Stadelmann-Steffen et al. 2007; Stadelmann et al. 2010) und im Arbeitsmarkt seltener Führungspositionen innehaben (Strub and Bauer 2002; Wilz 2008). Diese Aspekte spielen im Bereich des politischen Engagements in Organisationen ebenfalls eine Rolle. Insgesamt scheint die hier betrachtete, spezifische Form des Engagements, an der Schnittstelle von politischer Partizipation und (bezahlter oder freiwilliger) Arbeit, besonders hohe Hürden für die Frauen bereitzuhalten, was sich in deutlich geringeren Engagement-Raten widerspiegelt. Es lässt sich gemäss der quantitativen Studie kein spezifischer Grund identifizieren, welcher Jugendliche und junge Erwachsene vom Engagement abhält. Was diese Art von politischem Engagement zentral von freiwilligen Tätigkeiten in Organisationen im Allgemeinen abgrenzt, ist das Politische. Politisches Interesse, politische Selbstkompetenz und das Streben nach politischer Einflussnahme sind denn auch für viele die zentralen Motive für ein solches – aktives oder passives – Engagement, während jene, die diese Politiknähe nicht haben, damit wenig anfangen können.

Die qualitative Teilstudie konnte an diese Punkte anknüpfen und eine vertiefte Analyse der Motive und Hinderungsgründe ermöglichen. Dabei wurde vor allem bei den Hinderungsgründen klar, dass sich Frauen generell als weniger geeignet und kompetent für ein politisches Engagement einschätzen als Männer. Diese Erkenntnis stimmt also mit den Befunden der quantitativen Analyse überein. Das «Politische» ist auch in der qualitativen Teilstudie als zentrales Motiv hinter einem Engagement zum Ausdruck gekommen: Die Jugendlichen engagieren sich freiwillig oder ehrenamtlich, weil sie politisches Interesse haben und nach Möglichkeiten suchen, ihre Meinungen zu teilen, auszutauschen und weiterzuentwickeln. Dass politische Selbstkompetenz ebenfalls zentral ist, lässt sich vor allem an den Hinderungsgründen beobachten. Die Selbsteinschätzung der persönlichen Eignung für ein politisches Engagement war sowohl für Engagierte

als auch Potenzielle ausschlaggebend. Zwei wichtige Faktoren, die ebenfalls erwähnt wurden, sind Zeit und Belastung: Grösstenteils engagieren sich Jugendliche nicht, weil sie zu wenig Zeit haben und das Engagement nicht gut mit anderen Aktivitäten vereinbaren können und weil sie Angst vor einer grossen Verantwortung und persönlichen Belastung haben. Auch hier empfinden die Frauen diese Hinderungsgründe generell stärker als die Männer. Diese beiden Hinderungsgründe sind also wichtige Erkenntnisse und bieten klare Anknüpfungspunkte für Förderungsmöglichkeiten. Diese Zusammenhänge werden nachfolgend in genauer diskutiert.

Es kann zusammengefasst werden, dass beide Teilstudien keinen einzelnen spezifischen Grund gefunden haben, der für oder gegen ein politisches Engagement von Jugendlichen spricht. Vielmehr ist es eine Kombination von Gründen, die Jugendliche in ihrer Entscheidung zu einem Engagement beeinflusst. Interessant ist, dass die Motive für ein Engagement bei beiden Teilstudien unabhängig vom Geschlecht grösstenteils übereinstimmen: Jugendliche engagieren sich, weil sie die Zukunft mitgestalten wollen und ein politisches Interesse haben. Mit dem Wissen, dass diese Motive am zentralsten sind für das politische Engagement Jugendlicher, kann dieses besser verstanden und den Wünschen Jugendlicher auch angepasst werden, um sie stärker für ein solches Engagement zu motivieren. Es muss aber betont werden, dass die qualitative Teilstudie – ähnlich wie die quantitative Teilstudie – durchaus auch selbstbezogene Gründe wie den Aufbau einer eigenen politischen Karriere, öffentliches Ansehen und Anerkennung oder gar finanzielle Entschädigungen als wichtige Motive gefunden hat. Jugendliche haben also ein breites Spektrum an Motivationsgründen für ihr politisches Engagement. Was die Hinderungsgründe betrifft, so ist es bemerkenswert, dass in beiden Teilstudien Geschlechterunterschiede gefunden wurden. Die Tatsache, dass Frauen sich im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen generell als ungeeigneter und inkompetenter wahrnehmen, ist also zentral. Für beide Geschlechter ist der Zeitfaktor sehr wichtig: Das politische Engagement Jugendlicher bedarf vieler zeitlicher Ressourcen, die die Jugendlichen oft nicht haben, weil sie schulische oder private Verpflichtungen haben.

Mögliche Massnahmen zur Förderung des politischen Engagements

In beiden Teilstudien wurden mögliche Massnahmen zur Förderung des politischen Engagements identifiziert, die hier verglichen werden. Viele Befragte aus der quantitativen Studie bejahten Massnahmen, die darauf abzielen, dass

das politische Interesse und die politischen Fähigkeiten etwa durch politische Bildung an den Schulen gefördert werden oder auch, dass Möglichkeiten gesucht werden, dieser Art von Engagement und der Politik im Allgemeinen zu einem besseren Ansehen und Image zu verhelfen. Ein Engagement in einer leitenden Funktion hingegen scheint vor allem durch Massnahmen in Bezug auf die konkrete Tätigkeit und den damit verbundenen Zeitaufwand an Attraktivität gewinnen zu können. Die qualitative Teilstudie kam zu ähnlichen Ergebnissen: Vor allem bei Potenziellen ist der Zeitfaktor ausschlaggebend dafür, dass sie sich gar nicht erst engagieren wollen. Wenn sich das Engagement besser mit dem Lebensalltag der Jugendlichen vereinbaren lässt, sind sie offener dafür. Auch wichtig ist eine schrittweise Annäherung an das Engagement. Durch unverbindlichen Austausch, Schnuppertage oder mehr Politikunterricht an der Schule sollen das fehlende Wissen und die unklare Vorstellung über ein solches Engagement reduziert werden. Damit wird auch berücksichtigt, dass ein politisches Engagement im Jugendalter schnell «zu viel» werden kann, weshalb die Jugendlichen über eine zusätzliche Belastung durch das Engagement aufgeklärt werden müssen. Dies stimmt mit den Hinderungsgründen überein: Zeit und Belastung sind zwei Kernpunkte, die ein politisches Engagement je nach Ausgestaltung entweder sehr fördern oder eben auch verhindern können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die möglichen Massnahmen die erwähnten Hinderungsgründe überwinden sollen. Beide Teilstudien identifizieren den Zeitfaktor als Knackpunkt. Zudem wurde klar, dass es neben einer flexiblen Zeitgestaltung die Jugendlichen mehr Anerkennung und Respekt für ihr Engagement bekommen müssen, um stärker dafür motiviert zu werden bzw. um die Motivation dafür nicht zu verlieren.

Empfehlungen für die Stärkung des politischen Engagements Jugendlicher und junger Erwachsener

Die gewonnenen Erkenntnisse können in Empfehlungen für die Stärkung des politischen Engagements Jugendlicher und junger Erwachsener umformuliert werden. Natürlich sind diese Empfehlungen nicht abschliessend, da das politische Engagement von Jugendlichen, wie erwähnt, komplex ist und mehrere Motive und Hinderungsgründe in sich vereinigt. Auch gibt es Geschlechterunterschiede, die beachtet werden müssen. Es lassen sich vor dem Hintergrund beider Teilstudien aber generelle Empfehlungen ableiten, wie Jugendliche und junge Erwachsene für ein (stärkeres) politisches Engagement motiviert werden können:

- ▶ **Eine flexible Zeitgestaltung ermöglichen:** Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen das politische Engagement flexibel in ihre Lebenswelt integrieren und mit anderen Verpflichtungen koordinieren können. Ein solches Engagement geschieht immer auf freiwilliger Basis und gehört somit zur Freizeit, welche im Jugendalter sehr wichtig ist. Eine bessere Zeitgestaltung kann u. a. dadurch gefördert werden, dass das Engagement mit einem klaren und begrenzten Zeitaufwand verbunden ist oder teilweise in die Schul-/Arbeitszeit integriert wird. Die Umsetzung dieser Empfehlung würde sowohl neue, noch nicht engagierte Jugendliche für ein politisches Engagement motivieren, als auch die Motivation bereits engagierter Jugendlicher stärken, sich noch stärker einzubringen
- ▶ **Anerkennung für das Engagement geben:** Jugendliche und junge Erwachsene brauchen für ihr politisches Engagement Anerkennung, weil es auf freiwilliger Basis stattfindet, nicht bezahlt und deshalb nicht als Arbeit angesehen wird. Anerkennung bedeutet hier vor allem, dass die Jugendlichen aus ihrem Engagement einen persönlichen Vorteil ziehen können sollten, weshalb das Ausstellen von Diplomen oder Referenzen ermöglicht werden sollte. Anerkennung heisst aber auch, dass die Jugendlichen von ihren erwachsenen KollegInnen als gleichwertige Mitmenschen wahrgenommen und in ihren Wünschen ernst genommen werden. Dies ist insbesondere wichtig, um zu verhindern, dass sich bereits engagierte Jugendliche irgendwann von ihrem Engagement abwenden, weil sie eine Ungleichbehandlung erleben. Mehr Anerkennung kann u. a. durch eine offenere Diskussionskultur in politischen Organisationen und durch das Zusammenbringen von Alt und Jung in Austauschgefässen zum politischen Engagement gefördert werden. Anerkennung kann auch auf finanzielle Art in Frage kommen. Eine kleine Entschädigung für das politische Engagement könnte als Symbol von Dank und Anerkennung durchaus motivierend für die Jugendlichen wirken.
- ▶ **Selbstvertrauen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken:** Für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es oft eine Herausforderung, einem politischen Engagement nachzugehen, weil sie Angst oder Bedenken gegenüber der Belastung durch öffentliche Kritik haben. Deshalb muss der Respekt ihnen gegenüber gestärkt werden, damit dieser Hinderungsgrund reduziert wird und damit die Motivation für ein politisches Engagement gestärkt wird. Insbesondere für Frauen ist dies ein wichtiger Punkt, weil diese sich selbst oft als weniger kompetent einschätzen als ihre männlichen Kollegen es tun. Deshalb sind Massnahmen wie Frauenförderung in politischen Organisationen oder Kontaktvermittlung zu Frauen in der Politik zentral für die Stärkung ihres Selbstvertrauens. Da sich die Jugendlichen auch viel in der digitalen Welt aufhalten, soll insbesondere auch ein sicherer, digitaler Raum gefördert werden. Dies kann u. a. durch die Ermöglichung von Anonymität oder Kontrolle von Spam usw. geschaffen werden.
- ▶ **Politisches Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken:** Das politische Interesse ist ein zentraler Grund, weshalb Jugendliche sich in politischen Organisationen engagieren. Deshalb ist es besonders förderlich für die Stärkung ihres politischen Engagements, wenn man an diesem politischen Interesse anknüpft und es weiter ausbaut. Dies kann durch Politikunterricht in der Schule, durch das Anbieten von Veranstaltungen zur Sammlung von Wissen und Erfahrung oder durch das Ermöglichen von unverbindlichen Austauschgefässen, in denen Jugendliche mit Menschen in der Politik über ihre politischen Interessen reden können, geschehen.
- ▶ **Informationen klarer und niederschwellig bereitstellen:** Eine einfach umsetzbare Massnahme ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene besser über ein politisches Engagement informiert werden. Damit kann insbesondere der Schritt von einem Interesse an einem Engagement hin zu einem tatsächlichen Engagement erleichtert werden. Diese Informationen sollten stets über unverbindliche und niederschwellige Gefässe bereitgestellt werden. Beispiele sind Politlunches, Treffen mit Frauen aus der Politik in der Gemeinde oder Schnuppertage. Dabei ist es stets wichtig, dass die Jugendlichen genaue Informationen erhalten und wissen, wie viel Zeit das Engagement in Anspruch nimmt und welche Möglichkeiten zur Ausgestaltung es gibt.

9 Schlussfazit

Die vorliegende Studie hatte zum Ziel, das freiwillige und ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besser zu verstehen. Die Forschungsfrage, die zu Beginn aufgestellt wurde, lautete: Weshalb entscheiden sich Jugendliche und junge Erwachsene für oder gegen ein freiwilliges und insbesondere ein ehrenamtliches Engagement im politischen Bereich? Es lässt sich festhalten, dass die Frage mit den gewählten Methoden beantwortet werden konnte. Während gewisse Erkenntnisse mit der Forschung zum freiwilligen Engagement übereinstimmen, hat die Studie auch wertvolle, neue Erkenntnisse generiert: Für Frauen kumulieren sich bei dieser Form eines Engagements in politischen Organisationen die Hürden, was für eine Stärkung des politischen Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen berücksichtigt werden muss. Die wichtigsten Anknüpfungspunkte für die Verbesserung ihres Engagements sind der Zeitfaktor, die Anerkennung ihres Engagements und die Förderung ihres Selbstvertrauens/-bewusstseins. Es wurden zudem konkrete Empfehlungen für die Stärkung eines politischen Engagements bei Jugendlichen formuliert. Indem quantitative und qualitative Methoden verwendet wurden, hat die Studie sowohl generellere Aussagen über das politische Engagement von Jugendlichen ermöglicht, wie auch vertiefte Beobachtungen hinsichtlich der Motive und Hinderungsgründe für Jugendliche und junge Erwachsene vorgenommen. Die Forschungslücke in Bezug auf das freiwillige Engagement junger Erwachsener im politischen Bereich wurde mit dieser Studie kleiner. Für zukünftige Studien ist es wichtig, an die hier festgehaltenen Ergebnisse anzuknüpfen und sie weiterzuverfolgen, in anderen Settings, mit anderen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Denn das politische Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen scheint nicht einseitig zu sein und von vielen verschiedenen Faktoren abzuhängen, wie die Ergebnisse in dieser Studie aufgezeigt haben. Die Motive und Hinderungsgründe für oder gegen ein freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen sind sehr komplex. Zukünftige Studien sollten sich also mit der Frage beschäftigen, wie diese verschiedenen Faktoren berücksichtigt werden sollten: Wie genau können die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden? Wie wollen Jugendliche und junge Erwachsene über Möglichkeiten zum politischen Engagement informiert werden, wie wollen sie die investierte Zeit flexibel gestalten, wie kann man ihr Selbstvertrauen fördern? Gibt es andere Faktoren, welche die bisherigen Studien nicht erkannt haben und für ihr politisches Engagement zentral sind? Die hier vorliegende Studie wirft also einige Fragen auf, die weiterverfolgt werden können.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Maya Esther, Ackermann, Kathrin Maria, und Freitag, Markus (2017). Vereins-Monitor: das ehrenamtliche Engagement in der Schweiz.
- Bauer, Tobias, und Strub, Silvia. (2002). Wie ist die Arbeit zwischen den Geschlechtern verteilt? Eine Untersuchung zur Aufteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit in Familien in der Schweiz und im internationalen Vergleich.
- Beyeler, Michelle, Bütikofer, Sarah, und Stadelmann-Steffen, Isabelle (2015). Ich und meine Schweiz: Befragung von 17-jährigen Jugendlichen in der Schweiz.
- Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2021, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Beteiligung an institutionalisierter Freiwilligenarbeit nach Art der Organisation. Verfügbar auf: Beteiligung an institutionalisierter Freiwilligenarbeit nach Art der Organisation - 1997, 2000, 2004, 2007, 2010, 2013, 2016, 2020 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch) (zuletzt angesehen: 08.09.2021).
- Brady, Henry, Verba, Sidney, und Schlozman, Kay Lehman. (1995). Beyond SES: A resource model of political participation. *American political science review*, 89(2), 271-294.
- Creswell, John W. (2013). Steps in conducting a scholarly mixed methods study.
- Cortessis, Sandrine, Weber Guisan Saskia, und Tsandev, Evelyn. (2019). Le bénévolat des jeunes: une forme alternative d'éducation (p. 187). Seismo.
- Dermont, Clau, und Stadelmann-Steffen, Isabelle (2018). Who decides? Characteristics of a Vote and its Influence on the Electorate. *Representation*, 54(4), 391-413.
- Freitag, Markus, Bundi, Pirmin, und Flick Witzig, Martina (2019). Milizarbeit in der Schweiz. Zahlen und Fakten zum politischen Leben in der Gemeinde. NZZ Libro.
- Freitag, Markus, und Manatschal, Anita (2016). Freiwilligen-Monitor Schweiz 2016. K. Ackermann, & M. Ackermann (Eds.). Zürich: Seismo.
- Koller, Daniela Andrea, (2017). Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz (Doctoral dissertation, Universität Bern).
- Lamprecht, Markus, Fischer, Adrian, und Stamm, Hanspeter. (Eds.). (2020). Freiwilligen-Monitor Schweiz 2020. Seismo.
- Oostlander, Jeannette, Güntert, Stefan. T., und Wehner, Theo. (2015). Motive für Freiwilligenarbeit—der funktionale Ansatz am Beispiel eines generationenübergreifenden Projekts. In *Psychologie der Freiwilligenarbeit* (pp. 59-76). Springer, Berlin, Heidelberg.
- Rothenbühler, Martina, Franziska Ehrler und Kathrin Kissau. 2012. CH@YOUPART - Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz. Lausanne / Bern. www.sbf.admin.ch (22. März 2021).
- Stadelmann-Steffen, Isabelle, Markus Freitag, und Marc Bühlmann. 2007. Freiwilligen-Monitor Schweiz 2007. Zürich: Seismo Verlag - Éditions Seismo - Seismo Press.
- Stadelmann, Isabelle, Traunmüller, Richard, Gundelach, Birte und Freitag, M. (2010). Freiwilligen-Monitor Schweiz 2010.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle, und Koller, Daniela (2014). What type of resources? Household effects and female electoral participation. *Swiss Political Science Review*, 20(4), 529-549.
- Sundeen, Richard. A., Raskoff, Sally A., und Garcia, Cristina M. (2007). Differences in perceived barriers to volunteering to formal organizations: Lack of time versus lack of interest. *Nonprofit Management and Leadership*, 17(3), 279-300.
- Traunmüller, Richard, Stadelmann, Isabelle, Ackermann, Kathrin, und Freitag, Markus. (2012). Zivilgesellschaft in der Schweiz. Analysen zum Vereinsengagement auf lokaler Ebene. Seismo.
- Wilz, Sylvia Marlene. (Ed.). (2008). Geschlechterdifferenzen-Geschlechterdifferenzierungen: Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen. Springer-Verlag.

Herausgeber:

Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes FSPJ
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani FSPG
Seilerstr. 9, 3011 Bern
Tel. +41 (0) 31 384 08 08
info@dsj.ch
www.dsj.ch

Redaktion:

Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen, Isabel Schuler,
Jasmin Odermatt, Nora Räss und Nadia Qadire

Layout und Grafik:

Marie Waridel



DSJ FSPJ FSPG

Dachverband Schweizer Jugendparlamente
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani

mit den Angeboten
avec les offres
con le offerte

youpa



easyvote

